

Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt



SACHSEN-ANHALT

Impressum

Herausgeberin:
Landeszentrale für politische Bildung
Netzwerk für Demokratie und Toleranz
Schleinufer 12
39104 Magdeburg

Auflage: 200



Inhalt

Präambel	Seite 4
1. Gemeinsam lernen, handeln und Netzwerke bilden: Auf dem Weg zu einer aktiven Bürgergesellschaft in Sachsen-Anhalt	Seite 7
2. Engagement braucht Kompetenz – Beratungsangebote in Sachsen-Anhalt	Seite 12
3. Kita, Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung: Bildung als Schlüssel zu demokratischem Handeln	Seite 16
4. Jugend stark machen für Demokratie	Seite 24
5. Vielfalt leben – Interkulturelle Öffnung, Teilhabe und Partizipation von Zugewanderten	Seite 28
6. Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus stärken – Repressionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus wirksam Organisieren	Seite 33



Präambel

Demokratische Kultur und Zivilgesellschaft stärken

Im Jahr 2012 feiert das Land Sachsen-Anhalt den 20. Jahrestag der Annahme der Landesverfassung. Seit 22 Jahren gibt es entwickelte demokratische Strukturen in unserem Land. Viele Menschen engagieren sich in Parteien, Gewerkschaften und Verbänden, in Kirchen, Vereinen und Bürgerinitiativen für eine lebendige demokratische Kultur.

Das Land Sachsen-Anhalt bekennt sich mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit zu der Aufgabe, die demokratische Kultur und die aktive Zivilgesellschaft in unserem Bundesland weiter zu stärken. „Das Volk von Sachsen-Anhalt bekennt sich ... zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ - diesen Anspruch der Landesverfassung gilt es täglich im Zusammenleben in unserem Land einzulösen. Um die Bürgerinnen und Bürger und die von ihnen getragenen Institutionen, Vereine und Verbände bei diesem Ziel zu unterstützen, ergreift die Landesregierung mit diesem Landesprogramm eine weitere Initiative zur Stärkung der Demokratie.

Unsere Demokratie lebt von der Achtung der Menschenwürde, dem Respekt gegenüber Andersdenkenden und der Wertschätzung für die Vielfalt der Kulturen und Weltanschauungen. Jede Form des politischen und religiösen Extremismus stellt diese Grundlagen des demokratischen Zusammenlebens infrage. Deshalb ist es so wichtig, dass es in unserem Land eine wachsende Sensibilisierung gegenüber demokratiefeindlichen und insbesondere rechtsextremen Angeboten und die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement gibt. Sichtbarster Ausdruck dafür sind wachsende Bürgerbündnisse für Demokratie vor Ort.

Um diese positiven Entwicklungen nachhaltig zu stärken, brauchen wir ein Programm, das die Grundlage für eine Partnerschaft von Politik und Verwaltung mit anderen gesellschaftlichen Akteuren bietet. Gleichzeitig soll es die Voraussetzungen für die politische und gesellschaftliche Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger stärken und helfen, demokratische Werte zu vermitteln und aktiv vorzuleben.

Das Landesprogramm legt einen eindeutigen Schwerpunkt auf die Partizipation der aktiven Bürgergesellschaft. Dabei wird „Demokratie“ nicht nur als abstrakter Begriff verstanden, sondern als erfahrbarer Handlungsspielraum von Bürgerinnen und Bürgern und Institutionen. Doch nicht nur die aktive Bürgergesellschaft ist gefragt, sondern auch eine Verwaltung, die die Zielsetzungen dieses Programms engagiert, in enger Kooperation und auf Augenhöhe mit nichtstaatlichen Akteuren anstrebt. Darüber hinaus sind die politischen Akteure und Parteien aufgefordert, die demokratische Kultur in unserem Bundesland durch einen aktiven Diskurs und engagiertes Handeln auf Landes- und auf kommunaler Ebene zu gestalten.

Dabei sucht das Land auch den Dialog mit den Medien, die das gesellschaftliche Klima entscheidend mit prägen. Sie haben eine große Verantwortung bei der Vermittlung demokratischer Prozesse, zur Stärkung von Transparenz und Kritikfähigkeit sowie in der Auseinandersetzung mit antidemokratischen, rechtsextremen und fremdenfeindlichen Bestrebungen.

Ein wichtiger Partner in der Umsetzung des Programms sind die Kommunen und ihre Spitzenverbände, die bei der Unterstützung lokaler Initiativen eine hohe Verantwortung tragen. Eine dauerhafte Weiterentwicklung lokaler Handlungsstrategien kann nur im Dialog zwischen Bund, Land und Kommunen gewährleistet werden.



Herausforderungen für die Demokratie in Sachsen-Anhalt

Alle extremistischen Einstellungen und Bestrebungen, ob gewaltbereit oder nicht, richten sich gegen die Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates und den Kernbestand des Grundgesetzes und stellen somit eine Gefahr für unsere Staats- und Verfassungsordnung dar. Extremismus tritt als Verhalten oder Einstellung in allen Gesellschaftsschichten zu Tage. Jeder Extremismus zeichnet sich durch eine Ablehnung von Demokratie, Toleranz, Vielfalt und Weltoffenheit aus.

Dabei bildet der Rechtsextremismus im Land Sachsen-Anhalt den Schwerpunkt. Seit Jahren versuchen insbesondere Rechtsextremisten, die Demokratie zu untergraben.

Gerade die rechtsextrem und rassistisch motivierte Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ zeigt deutlich, wie weit rechtsextreme Gruppen gehen, um ihre menschenfeindliche Ideologie durchzusetzen. Auch in unserem Bundesland wurden seit 1990 Menschen aus rassistischer und rechtsextremer Motivation heraus ermordet. Seit Jahren müssen wir zudem eine anhaltend hohe Zahl rechtsextremer Straf- und vor allem Gewalttaten verzeichnen. Aber die Herausforderungen für die Demokratie gehen über diese abstoßenden Gewalttaten hinaus.

Gleichzeitig belastet und beschädigt die menschenfeindliche Grundhaltung, die in der Agitation rechtsextremistischer Parteien und Gruppierungen gegen Fremde, Andersdenkende und Minderheiten ebenso zum Ausdruck kommt wie in den Gewalttaten ihrer Anhänger, nachhaltig die politische Kultur. Damit werden wir uns nicht abfinden.

Die Aktivitäten rechtsextremistischer Kräfte, ob in der NPD, in Kameradschaften oder anders organisiert, stellen vor allem deshalb eine Gefahr dar, weil sie mit ihrer Propaganda an demokratiefeindliche und rassistische Auffassungen anknüpfen können, die in einem Teil der Bevölkerung latent vorhanden sind. So waren laut Sachsen-Anhalt-Monitor 2009 rund 19 Prozent der Bevölkerung - bei einem Ausländeranteil in Sachsen-Anhalt von zwei Prozent - der Meinung, dass Deutschland „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei. Solche Auffassungen bilden den Nährboden für ein rechtsextremistisches Potential bei Wahlen - auch unabhängig von „Protestwahl“-Absichten.

Bei der letzten Landtagswahl verfehlte die NPD mit einem Zweitstimmenanteil von 4,6 Prozent nur knapp einen Einzug in den Landtag. Allerdings erreichte sie in einer Reihe von Wahlkreisen des Landes Ergebnisse von sechs bis acht Prozent, in einzelnen Gemeinden sogar zehn bis zwölf Prozent, in wenigen Einzelfällen sogar deutlich darüber. Dieses – jedenfalls im ländlichen Raum – latent vorhandene Zustimmungspotential zu rechtsextremen Einstellungen verdeutlicht, dass es sich nicht um isolierte und vernachlässigbare Einzelmeinungen handelt, sondern um ein ernstzunehmendes strukturelles Phänomen. Rund dreißig gewählte Mandatsträger der NPD in kommunalen Vertretungen wie Kreistagen oder Gemeinderäten können dort ihre rechtsextremistische Ideologie verbreiten.

Auch durch ein vordergründig unpolitisches Engagement als „Kümmerer“ vor Ort, zum Beispiel im Rahmen von Nachbarschaftshilfe, und durch die Mitwirkung in Sportvereinen versuchen Rechtsextreme, Sympathien für sich zu gewinnen und ihre Ansichten zu verbreiten. Sie erschließen so in subtiler Weise Zustimmungspotentiale für rechtsextreme Deutungsmuster. Neben Parteiorganisationen ist der Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt von neonazistischen Personenzusammenschlüssen – den „Kameradschaften“ – geprägt. Dabei geht der Verfassungsschutz des Landes von etwa 800 gewaltbereiten Rechtsextremen aus. Nach der verlorenen Landtagswahl 2011 sehen sich diese wieder im Aufwind. Denn während die Aktivitäten der NPD quasi zum Erliegen gekommen sind, setzen sich die „Kameradschaften“ mit Aufmärschen und Propagandaaktionen in Szene.

Die Bedrohung der Demokratie von rechts wird dann gefährlicher, wenn ein größerer Teil der Bevölkerung auf Distanz zur demokratischen Praxis geht. Auf der Ebene der Demokratiezufriedenheit weist Sachsen-Anhalt ebenso wie die anderen neuen Bundesländer im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Werte auf. Der Sachsen-Anhalt-Monitor 2010



dokumentiert, dass 30 Prozent der Befragten eine negative Bilanz ziehen und sich lediglich für 57 Prozent die Demokratie in Sachsen-Anhalt eher zum Positiven entwickelt. Das belegt noch keine antidemokratische Einstellung, aber es schwächt die Bindung an demokratische Institutionen und die Bereitschaft, sich einzubringen.

Deshalb zielt das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit nicht nur auf die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, sondern auch auf die Erweiterung von Handlungsspielräumen für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, auf die Stärkung demokratischen Bewusstseins und auf die vielfältige Förderung einer gelebten demokratischen Kultur.

An erfolgreiche Ansätze anknüpfen

Dabei knüpft das Programm bewusst an bisherige und bestehende Programme, Maßnahmen und Angebote an, um die darin gewonnenen Erfahrungen, Kenntnisse und Strukturen zu erhalten und in neue Projekte einzubringen. Sachsen-Anhalt hat in den zurückliegenden Jahren bereits entscheidende Grundlagen für eine Strategie zur Stärkung der Demokratie gelegt:

- Mit der Gründung des Netzwerks für Demokratie und Toleranz Sachsen-Anhalt und der Initiative „Hingucken und Einmischen!“ wurde die Aufklärung und Sensibilisierung der Bevölkerung über rechtsextreme Ideologien und Handlungsstrategien deutlich verstärkt. Lokale und landesweite Akteure werden durch die Geschäftsstelle des Netzwerks vernetzt und erhalten Informations- und Qualifizierungsangebote. Damit ist diese Einrichtung zu einer Schnittstelle zwischen Landesregierung und Zivilgesellschaft geworden.
- Die stark gewachsenen Aktivitäten lokaler Bündnisse gegen Rechtsextremismus sind in Verbindung mit den in vielen Kommunen aufgestellten Lokalen Aktionsplänen ein entscheidender Impulsgeber für eine demokratische Kultur vor Ort.
- Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus legt seit 2007 den Schwerpunkt der präventiven Arbeit gegen Rechtsextremismus auf die Förderung einer engagierten Zivilbevölkerung. Die Regionalen Beratungsteams bieten Kommunen, engagierten Einzelpersonen, Verbänden und Institutionen fachkompetente Beratung an und unterstützen und begleiten den Aufbau von lokalen Initiativen und Bündnissen. Die Opferberatungsstellen bieten den Betroffenen von rechtsextremer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Gewalt fachkompetente Hilfe und Unterstützung.
- Das Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist seit seiner Integration in die Landesinitiative „Hingucken und Einmischen“ mit etwa 70 beteiligten Schulen zum größten Schulnetzwerk unseres Bundeslandes angewachsen. Diese Schulen arbeiten aktiv an einem Schulklima, das kulturelle und ethnische Vielfalt, demokratisches Handeln und Partizipation in den Mittelpunkt stellt.

Die hier genannten Arbeitsfelder gilt es im Rahmen des Programms neben anderen bewährten und neuen Projekten zu sichern und weiterzuentwickeln. Mit dem neuen Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit wird das Land bestehende Programme und Maßnahmen bündeln, koordinieren und durch neue, innovative Maßnahmen ergänzen.

Bei der Aufstellung und Umsetzung des Landesprogramms sucht das Land den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Gruppen und Institutionen. Um diesen Dialog über Inhalte, Methoden, Förderbedingungen und Qualitätsziele des Programms langfristig zu sichern, wurde ein Beirat berufen, der das Programm dauerhaft begleitet. Damit wird eine Arbeitsstruktur etabliert, in der Akteure der Zivilgesellschaft und der Landesverwaltung gemeinsam an der Aufstellung des Programms sowie zukünftig an der Umsetzung neuer Schwerpunkte arbeiten.



1. Gemeinsam lernen, handeln und Netzwerke bilden: auf dem Weg zu einer aktiven Bürgergesellschaft in Sachsen-Anhalt

Ausgangssituation

Bei Entscheidungsprozessen in den Kommunen haben viele Bürgerinnen und Bürger am ehesten die Möglichkeit, Demokratie „live“ zu erleben. Die kommunalen Entscheidungsträger und Verwaltungen tragen deshalb eine hohe Verantwortung, diese Prozesse so transparent und offen zu gestalten, dass Bürgerinnen und Bürger diese nachvollziehen und ihre Interessen frühzeitig einbringen können. Das ist möglich durch die aktive und regelmäßige Nutzung des Instruments der Einwohnerversammlung, durch den offenen Umgang mit Bürgeranliegen in Einwohnerfragestunden und den grundsätzlich öffentlichen Sitzungen der Gemeinderäte, Verbandsgemeinderäte und Kreistage sowie durch die Information der Bürgerinnen und Bürger über ihre Handlungsmöglichkeiten durch Einwohnerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.

Ebenso wichtig ist es, dass die in vielen ländlichen Regionen schwachen Strukturen der demokratischen Parteien nicht zusätzlich geschwächt werden durch das Vorenthalten kommunaler Räume oder durch restriktive Bestimmungen für Wahlwerbung.

Der kommunale Raum ist aber auch der Ort, an dem sich Bürgerinnen und Bürger mit den Herausforderungen der Demokratie konkret auseinandersetzen müssen, z. B. den Wahlergebnissen rechtsextremer Parteien, rechtsextremen Aufmärschen, Zerstörungen von Friedhöfen und Gedenkorten, rechtsextremer oder fremdenfeindlicher Gewalt im öffentlichen Raum oder den Versuchen von rechtsextremen Gruppen, in Schulen und Jugendeinrichtungen Fuß zu fassen – dies alles geschieht auch in Sachsen-Anhalt. Der Attraktivitätsgewinn solcher Interventionen geht oftmals mit Faktoren wie einer schwierigen wirtschaftlichen Situation und einer hohen Abwanderung einher, aber auch mit einer modernisierten rechtsextremen Jugendkultur, die sich Jugendlichen heute als Lebensstil im Sinne eines Identitätsangebots präsentiert.

Mehr und mehr engagierte Bürgerinnen und Bürger in unserem Bundesland wollen dieser Situation aufmerksam und konsequent begegnen und ihre Region im Sinne einer demokratischen, pluralistischen und weltoffenen Lebenskultur nachhaltig prägen. In Sachsen-Anhalt drückt sich dies in einer wachsenden Zahl von lokalen Bürgerbündnissen aus, aber auch im Engagement von Städten, Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreisen, die - oft im Kontext Lokaler Aktionspläne - kommunale Handlungsstrategien entwickeln und umsetzen. Auch im kommunalpolitischen Raum hat die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aktivitäten seit der Kommunalwahl 2009 zugenommen. Vereine und Verbände wie z. B. Träger der Jugendhilfe und der Wohlfahrtspflege, Sportvereine und Institutionen wie die Feuerwehren stellen sich inzwischen in großer Zahl der Aufgabe einer kritischen Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen und leisten damit einen aktiven Beitrag für ein demokratisches Gemeinwesen.

Landesweite Vernetzungsstrukturen wie das Netzwerk für Demokratie und Toleranz bieten seit mehreren Jahren lokalen Akteuren die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch, zu Informationen und Qualifizierung und auch zur Förderung eigener Projekte und Maßnahmen.

Ziele und Ergebnisse der bisherigen Maßnahmen und Projekte

Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus als Impulsgeber einer demokratischen Kultur vor Ort

Vielerorts gründen sich in ganz Deutschland Bürgerbündnisse, um durch aktives, demokratisches Handeln eine Akzeptanz rechtsextremer Denkweisen und Interventionen zu



verhindern. In Sachsen-Anhalt unterstützen inzwischen mehr als zwanzig solcher Bürgerzusammenschlüsse das demokratische Zusammenleben in ihrer Kommune durch vielfältige Aktivitäten.

Oft stehen am Anfang lokaler Bündnisse einige wenige Personen, die vor Ort konkrete Probleme in Angriff nehmen wollen. Bürgerbündnisse werden häufig von dem Engagement der Kirchen, der Gewerkschaften, von Bildungseinrichtungen und Kulturvereinen getragen. Auf Grund ihrer Unabhängigkeit können sie den Finger in Wunden legen und so initiativ für ein verantwortliches Handeln Aller werden. Die in Sachsen-Anhalt aktiven Bürgerbündnisse sind in ihrer Struktur sehr unterschiedlich aufgestellt, zum Teil als klassische Bürgerinitiative, an anderen Orten als personenorientiertes Netzwerk oder als Dachorganisation mehrerer Vereine und Organisationen. Allen gemeinsam ist, dass sie keine Rechtsform im Sinne eines Vereins sind, wodurch z. B. der direkte Zugang zu staatlichen Förderprogrammen nicht möglich ist.

Lokale Bündnisse in Sachsen-Anhalt nutzen unterschiedliche Möglichkeiten, sich zu vernetzen: auf lokaler Ebene bietet sich eine Vernetzung mit den Gremien des Lokalen Aktionsplans an, da dieser u. a. die Aufgabe hat, lokale Bürgerbündnisse und Initiativen zu stärken. Es gibt in einigen Regionen Zusammenschlüsse lokaler Netzwerke auf Kreis- oder Regionalebene, um gemeinsame Projekte umzusetzen und dabei Synergieeffekte zu erzielen. Als Mitglieder des landesweiten Netzwerks für Demokratie und Toleranz erhalten sie regelmäßig Informationen über Aktivitäten auf Landesebene, Förderprogramme, Aktionen anderer lokaler Zusammenschlüsse und können ihre Projekte ebenfalls einspeisen. Sie werden regelmäßig zu landesweiten Workshops und Konferenzen eingeladen und können auf diesem Weg oder durch direkte Kooperation mit der Geschäftsstelle des Netzwerks auch landesweite oder lokale Projekte initiieren.

Lokale Aktionspläne: ein wichtiger Schritt zum gemeinsamen Handeln zwischen Zivilgesellschaft und Kommune

Ziel der Lokalen Aktionspläne ist es, die vielfältigen Aktivitäten gegen rechtsextreme Ereignisse in der Kommune im Rahmen einer gemeinsamen lokalen Strategie zu bündeln. So wirken alle Aktiven aus der Kommunalpolitik, der Jugendarbeit, den Vereinen und Verbänden, der Wirtschaft und der Verwaltung vor Ort zusammen.

Der Bund fördert seit 2007 Lokale Aktionspläne, und auch die Landesregierung unterstützt diese im Rahmen der Arbeit der Landeskoordinierungsstelle zur Umsetzung des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“, indem zweimal pro Jahr Erfahrungs- und Informationsaustausche stattfinden. Durch jährliche gemeinsame Vernetzungskonferenzen mit den Beratungsprojekten des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus und weiteren Fachkräften wird das Arbeitsfeld zusammengeführt.

Durch die Lokalen Aktionspläne wird erstmalig der programmatische Ansatz verfolgt, durch Vernetzung der Aktiven und durch Förderung von Einzelmaßnahmen das Zurückdrängen des Rechtsextremismus in der Kommune direkt zu unterstützen. In Sachsen-Anhalt haben im Jahr 2007 insgesamt zehn Lokale Aktionspläne in Städten und Landkreisen ihre Arbeit aufgenommen. Im Jahr 2011 kamen im Fortsetzungsprogramm des Bundes weitere sechs hinzu, sodass diese gegenwärtig nahezu flächendeckend in Sachsen-Anhalt existieren.

Die Erfahrungen zeigen, dass mit Lokalen Aktionsplänen lokale Vernetzung gestärkt und der Aufbau von Arbeitsstrukturen vorangetrieben wird. Oft tauschen sich die Aktiven aus den Verwaltungen, den Vereinen, den Kirchen, der Politik etc. erstmalig in Arbeitsgremien über ein gemeinsames strategisches Vorgehen vor Ort aus. Die Projekte, Initiativen und Aktionen für ein demokratisches Engagement werden durch die Begleitausschüsse gebündelt und in ihrer Wirkung gestärkt. Die Gründung und Arbeit von lokalen Bündnissen und Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus werden gezielt gefördert und gestärkt.

Innerhalb der Vernetzungstreffen auf Landesebene können sich die Koordinierungsstellen der mittlerweile sechzehn Lokalen Aktionspläne in Sachsen-Anhalt über ihre Erfahrungen,



Erfolge und Hindernisse in der Arbeit austauschen. So konnte über die Jahre ein landesweiter fachlicher Arbeitszusammenhang aufgebaut werden, der die Arbeit insgesamt qualifiziert und den es weiterzuführen gilt.

Demokratie kann man lernen – gemeinsam lernen und aktiv werden im Verein

In Sachsen-Anhalt diskutieren Vereine und Verbände seit mehreren Jahren in landesweiten Vernetzungskonferenzen über die Sensibilisierung ihrer eigenen Verbände, aber auch über einen Beitrag zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens. Denn insbesondere im ländlichen Raum konzentriert sich die Zivilgesellschaft häufig auf einige wenige Vereine. Untersuchungen ausgewählter Regionen haben zudem ergeben, dass der Organisationsgrad im ländlichen Raum relativ gering ausgeprägt ist. Nicht selten fehlt es an der Vielfalt von Trägern, die Angebote von der Entwicklung lokaler Identität und Heimatverbundenheit über politisch-gesellschaftliche Teilhabe bis hin zu Jugend-, Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten mit der Entwicklung einer demokratischen Lebens- und Erinnerungskultur verbinden.

Mit dem Programm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesinnenministeriums eröffnete sich im Jahr 2010 erstmals die Perspektive, dieses Arbeitsfeld in einem größeren Maßstab in Angriff nehmen zu können. Seit 2011 arbeiten Sport-, Feuerwehr- Heimat- und Wohlfahrtsverbände in diesem Programm. Die Koordination der Träger wird vom Land unterstützt, in einigen Fällen auch die Finanzierung von Projekten. Die Projekte konzentrieren sich im ersten Schritt auf die Stärkung der Vereine und Verbände selbst. Dabei geht es um Mitgliedergewinnung und darum, einen Dialog und Wechsel der Generationen sowie eine stärkere Verankerung in der Bevölkerung herbeizuführen. Auf dieser Grundlage wird in den Projekten z. B. die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und die Prävention von Rechtsextremismus im Verband und im Gemeinwesen thematisiert.

Auf dem Weg dorthin werden z. B. Kooperationsbeziehungen mit Trägern der politischen Bildung oder Migrantenorganisationen, Trainer- und Multiplikatorenschulungen, Organisationsberatungen, Strukturveränderungen, Schulungen im Vereinsrecht oder auch Meldesysteme für rechtsextreme Problemlagen und Vorfälle umgesetzt.

Bürgerschaftliches Engagement – ein Grundpfeiler der Demokratie

Ein weiterer wichtiger Faktor ist das bürgerschaftliche Engagement - auch außerhalb von Kommunalpolitik, Gremien und Vereinsstrukturen. Bürgerschaftliches Engagement leistet einen wichtigen Beitrag zum Demokratielernen und -erleben, denn durch Engagement können wichtige demokratische Praxiserfahrungen gesammelt und angewendet werden, die ein Gegengewicht zu verbreiteter Politikverdrossenheit darstellen. Sie führen zu einem stärkeren Demokratiebewusstsein und der Erkenntnis, durch das eigene Handeln etwas bewegen zu können.

Das Land hat in den letzten Jahren umfangreiche Initiativen und Maßnahmen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Sachsen-Anhalt ergriffen. Dazu gehören beispielsweise die Einrichtung einer Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement im Ministerium für Arbeit und Soziales, der erweiterte Versicherungsschutz für alle Ehrenamtlichen, das Engagementportal „www.engagiert-in-sachsen-anhalt.de“, das Dialogforum „Bürgerschaftliches Engagement“, die vielfältigen Aktivitäten im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit (EJF) 2011 oder die Demografie-Allianz Sachsen-Anhalt. Beispielhaft sind hier die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für die Pflege alter und kranker Menschen, für Integration und interkulturellen Austausch, für Stadtteile mit den Engagement-Lotsen, für vielfältige Varianten der Patenschaften oder für junge Leute beim Jugendengagementwettbewerb. Darüber hinaus unternimmt das Land mit öffentlichen Anerkennungsveranstaltungen wichtige Anstrengungen, um die Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement weiterzuentwickeln.



In Sachsen-Anhalt engagieren sich rund 550.000 Menschen freiwillig in und für ihr Gemeinwesen. Sie sind organisiert in Vereinen, Verbänden oder Initiativen. Sie entwickeln dort beispielhafte Projekte und übernehmen zahlreiche gesellschaftlich relevante Aufgaben. Die länderspezifische Auswertung des bundesweiten Freiwilligensurveys (1999-2004-2009) zeigt allerdings, dass sich in Sachsen-Anhalt die positive Entwicklung der Engagiertenzahlen von 1999 bis 2004 nicht durchgängig fortgesetzt hat und der Anteil der freiwillig Engagierten von 30 Prozent auf 26 Prozent gesunken ist. Die einzelnen Befunde gilt es zu analysieren, auch im Hinblick auf ein verändertes Instrumentarium zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements.

Voneinander wissen, Erfahrungen austauschen, gemeinsam handeln: Netzwerkarbeit für Sachsen-Anhalt

Die Vernetzung einzelner Handlungsfelder und ihrer Akteure ist nicht nur auf lokaler Ebene ein wichtiges Element für den Erfolg des Ganzen, auch auf Landesebene werden Strukturen benötigt, die ein gemeinsames und aufeinander abgestimmtes Handeln ermöglichen. Aus diesem Grund gibt es auch in Sachsen-Anhalt landesweite Strukturen zur Vernetzung.

So führt die Koordinierungsstelle des Programms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ die Akteure der Lokalen Aktionspläne, des Beratungsnetzwerks und der Modellprojekte in fachspezifischen Trägerberatungen zusammen. Im Rahmen einer Landeskonzferenz der Träger des Beratungsnetzwerks sowie der Geschäftsstelle des Netzwerks für Demokratie und Toleranz werden einmal jährlich Träger aller Präventionsprogramme des Bundes sowie die Mitglieder des Netzwerks zu einer gemeinsamen Fachkonferenz eingeladen.

Das Netzwerk für Demokratie und Toleranz vernetzt und unterstützt seit 2005 Akteure im Land Sachsen-Anhalt, die mit dem Ziel der Stärkung der demokratischen Kultur in unserem Bundesland aktiv sind. Dabei geht es um die Sensibilisierung der Bevölkerung in der Prävention von Rechtsextremismus, die Vernetzung und Beratung lokaler und landesweiter Akteure, Angebote von Information, Qualifizierung und Förderung:

- Seit Gründung des Landesnetzwerks finden jährlich landesweite Konferenzen mit 150 bis 180 Akteuren statt, um über Arbeitsschwerpunkte und neue Initiativen zu beraten. Zusätzlich werden Workshops für lokale Akteure und Bündnisse angeboten. Die Konferenzen erreichen die Mitglieder des Netzwerks, die Landesverbände und Untergliederungen von Verbänden, die insbesondere im ländlichen Raum eine große Bedeutung haben. Aus den Landeskonzferenzen entstehen kontinuierlich neue Kooperationen, Mitgliedschaften im Netzwerk und Projekte.
- In Kooperation mit der Regiestelle des Bundes zur Umsetzung des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ des Bundesinnenministeriums koordiniert die Geschäftsstelle des Netzwerks für Demokratie und Toleranz das Programm in Sachsen-Anhalt. Dazu gehören die fachliche Begutachtung der beantragten Projekte, die Vernetzung der Träger und die Mitwirkung in Fachbeiräten ausgewählter Projekte. Schwerpunkte des Programms sind die Stärkung demokratischer Teilhabe und Prävention von Rechtsextremismus in landesweiten Verbänden und Kommunen, die Gründung und Stärkung lokaler Bürgernetzwerke sowie ausgewählte Modellprojekte im ländlichen Raum.
- Auch die Unterstützung, Beratung und Vernetzung lokaler, zivilgesellschaftlicher Bündnisse durch das Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt konnte im Zeichen der Kampagne „Hingucken und Einmischen!“ verstärkt werden. Durch Beratung und Förderung konnten viele lokale Projekte, aber auch die Gründung lokaler Netzwerke unterstützt werden.
- Durch die Kooperation bei der Ausrichtung von Fachtagungen und einzelnen Projekten im Bereich der Engagementförderung vernetzt die Geschäftsstelle Akteure des Engagements für Demokratie mit Akteuren anderer Engagementbereiche.
- Netzwerkmitglieder haben die Möglichkeit, eigene Projekte über das Netzwerk in Sachsen-Anhalt bekannt zu machen. Des Weiteren gibt die Geschäftsstelle des



Netzwerks sporadisch Begleitmaterial heraus, das vor Ort eingesetzt werden kann, wie z. B. Broschüren zum Thema Rechtsrock, zum Agieren der NPD in den Kreistagen, über rechtsextreme Codes und Styles sowie Material der Initiative „Hingucken und Einmischen!“

Weiterentwicklung und Perspektiven

Lokale Bündnisse für Demokratie als Impulsgeber einer demokratischen Kultur vor Ort

Die Unterstützungsangebote für lokale Bündnisse sind zu sichern und weiterzuentwickeln. Um die Interessen und Positionen der Akteure einzubeziehen, wird das Netzwerk für Demokratie und Toleranz zu einem Arbeitstisch einladen, der konkrete Schritte berät.

Lokale Aktionspläne: Erreichtes nachhaltig sichern

Den Schwerpunkt der weiteren Arbeit bilden die Sicherung der Nachhaltigkeit der aufgebauten Arbeitsstrukturen sowie die langfristige Fortführung erfolgreicher Maßnahmen und Projekte. Hierfür wird sich das Land gemeinsam mit den Kommunen einsetzen.

Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit bildet in diesem Zusammenhang einen geeigneten Rahmen, um Vernetzungen zu Regelstrukturen, beispielsweise aus der Kinder- und Jugendarbeit, der Integrationsarbeit, Kita und Schulen sowie der Förderung von bürgerschaftlichen Engagements, aufzuzeigen.

Bürgerschaftliches Engagement – eine Querschnittsaufgabe

Im Rahmen einer landesweiten Engagementstrategie soll bürgerschaftliches Engagement zu einer Infrastrukturgröße werden, die als Querschnittsaufgabe in allen Kernbereichen des Gemeinwesens präsent ist. Die Unterstützung der kommunalen Engagementförderung ist dabei notwendig. Dies gilt vor allem für den ländlichen Raum, da hier ein hoher Bedarf an Engagement auf relativ schwach entwickelte Engagementstrukturen trifft.

Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für Prozesse des Freiwilligenmanagements in Vereinen, Verbänden und kommunalen Einrichtungen verbessert werden. Zu diesem Zweck sind Qualifizierungen für haupt- und ehrenamtliche Freiwilligenkoordinatoren wichtig. Denn kompetente Ehrenamtliche brauchen bedarfsgerechte Qualifizierungen.

Darüber hinaus sind langfristige Strategien zur Förderung des Engagements von Jugendlichen zu entwickeln, z. B. eine Ausweitung des „Service Learning – Lernen durch Engagement“.

Bei der Engagement-Förderung im ländlichen Raum geht es vor allem um die Stärkung der sozialen Netze im Sinne von bürgerschaftlichem Engagement und Selbsthilfe. Modelle und Projekte der Nachbarschaftshilfe sollten stärker unterstützt und gewürdigt werden – sie können die klassische Vereinslandschaft sinnvoll ergänzen, die in ihrer integrativen Funktion weiterhin politisch durch Wertschätzung und Anerkennung gefördert werden sollten.

Netzwerkarbeit für Sachsen-Anhalt: Service für Bürgerinnen und Bürger

Die steigenden Zahlen von Bürgeranfragen, aktiv arbeitenden Bürgerbündnissen und auch die Anfragen nach Kooperationen und Förderungen zeigen deutlich die Notwendigkeit einer landesweiten Vernetzungs- und Informationsstruktur. Vor diesem Hintergrund gilt es, diese Handlungsansätze zu sichern und weiterzuentwickeln.

Die Geschäftsstelle des Netzwerks für Demokratie und Toleranz wird ihr Profil als Servicestelle des Landes für die Vernetzung lokaler und landesweiter Akteure erweitern.

Zu den Aufgaben der Geschäftsstelle des Netzwerks gehören:

- Koordination des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit,
- Ausrichtung landesweiter Fachtagungen und Workshops in Kooperation mit anderen landesweiten Akteuren,



- Koordination der Träger des Programms „Zusammenhalt durch Teilhabe“,
- Durchführung von Mitgliederversammlungen, Landeskonferenzen und Workshops des Netzwerks für Demokratie und Toleranz,
- Koordination des Schulnetzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“,
- Einberufung eines Arbeitstisches der lokalen Bündnisse in Sachsen-Anhalt.

Mit den in diesem Kapitel dargestellten Handlungsansätzen sollen die Grundlagen für das Engagement des Einzelnen, aber auch von Vereinen, Institutionen, Kommunen und Einrichtungen des Landes gelegt und optimiert werden.

2. Engagement braucht Kompetenz – Beratungsangebote in Sachsen-Anhalt

Ausgangssituation

Rechtsextremismus und menschenfeindliche Einstellungspotentiale sind eine zentrale Herausforderung für eine demokratische Gesellschaft, der sich sowohl Politik und Verwaltung als auch die Zivilgesellschaft stellen müssen. In der Bekämpfung von Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit in Sachsen-Anhalt bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung von staatlichen und nicht staatlichen Institutionen und Akteuren. Die Einbeziehung der spezifischen Fachexpertise von zivilgesellschaftlichen Trägern ist ein unabdingbarer Bestandteil in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus im Bundesland. Daher wird der Schwerpunkt zur Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Sachsen-Anhalt seit ca. zehn Jahren auf die Entwicklung und Förderung einer starken und engagierten Zivilgesellschaft gelegt. Im Vordergrund steht die Förderung demokratischer Teilhabe in den Kommunen.

So ist in den letzten Jahren auch in Sachsen-Anhalt ein breit gefächertes Beratungs- und Unterstützungsnetzwerk zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements, zur Verbesserung der Situation potenziell von rechtsextremer Gewalt Betroffener sowie zur Unterstützung lokaler Initiativen in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen und Aktivitäten entstanden, das im Rahmen des Landesprogramms weiterentwickelt werden soll. Zentrales Strukturelement in diesem Arbeitsfeld ist das im Jahr 2007 aufgebaute Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt, welches Regionale Beratungsteams und -stellen für Opfer rechtsextremer Gewalt sowie die Arbeitsstelle Rechtsextremismus umfasst.

Ziele und Ergebnisse der bisherigen Maßnahmen und Projekte

Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt

Mit Unterstützung des Bundes wurde in Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 ein flächendeckendes Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus etabliert. In vier Regionen des Landes arbeiten Regionale Beratungsteams und -stellen für Opfer rechter Gewalt. Sie bieten fachkompetente Beratung bei rechtsextremen Vorfällen und für Betroffene rechtsextremer Gewalt. Eine Landeskoordinierungsstelle im Ministerium für Arbeit und Soziales ist mit dem Erfahrungsaustausch, der konzeptionellen Weiterentwicklung und der Qualitätsentwicklung des Beratungsnetzwerks betraut.

Die flächendeckende Verteilung dieses Beratungsangebotes ist in Sachsen-Anhalt wie folgt aufgeteilt: Der Standort Salzwedel in der Nordregion ist zuständig für die Landkreise Altmarkkreis Salzwedel, Stendal und Börde. Der Standort Magdeburg arbeitet in der Landeshauptstadt und im Landkreis Jerichower Land. Die in Halle angesiedelten Regionalen Beratungsteams und Opferberatungsstellen betreuen die Landkreise Burgenlandkreis, Saalekreis, Mansfeld-Südharz, Harz, Salzlandkreis sowie die Stadt Halle (Saale). Der Standort Dessau-Roßlau ist neben der Stadt Dessau-Roßlau zuständig für die Landkreise



Anhalt-Bitterfeld und Wittenberg. Die Regionalen Beratungsteams und die Opferberatungsstellen sind lokal gut verankert sowie in bundesweite Vernetzungsstrukturen mit dem Ziel des kollegialen Austausches und der Qualitätssicherung eingebunden. Sie verfügen über detaillierte Kenntnisse über die rechtsextremen Strukturen vor Ort sowie über die Situation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen und sind gut mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren vernetzt. Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus übernimmt eine fachlich beratende Rolle in der Struktur des Beratungsnetzwerkes und arbeitet eng mit der Landeskoordinierungsstelle sowie den anderen Beratungsprojekten zusammen. Das Beratungsnetzwerk wird vom Verein Miteinander, der Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis, dem Alternativen Jugendzentrum Dessau und dem Multikulturellen Zentrum Dessau getragen.

Das Bundesprogramm „kompetent. Für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ wurde für die Jahre 2007 bis 2010 wissenschaftlich begleitet. Der vorliegende Abschlussbericht des Bundesprogramms bestätigt die verfolgte Beratungskonzeption der Selbstbefähigung (Empowerment) sowie den Ansatz der Stärkung von Zivilgesellschaft als gelungene Prävention gegen Rechtsextremismus. Die Beratungsprozesse werden hinsichtlich der Zielerreichung von den Beratungsnehmenden in der überwiegenden Mehrzahl als erfolgreich eingeschätzt. Als besonders förderlich für die Beratungsarbeit haben sich sowohl die regionale Verortung der Beratungsteams als auch deren personelle Kontinuität erwiesen.

Regionale Beratungsteams

Die Kernaufgabe der Beratung gegen Rechtsextremismus ist es, Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure bei ihren Bemühungen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus zu unterstützen sowie die Entwicklung einer aktiven, weltoffenen und demokratischen Gesellschaft zu fördern. Die Beratungsteams sind in Sachsen-Anhalt Fachträgern zugeordnet, die nicht für jeden einzelnen Vorfall neu zusammengestellt werden, sondern von ihrer Beratungserfahrung und Fachexpertise in der aufsuchenden Arbeit profitieren. Die Beratungsteams bieten schnelle, unbürokratische und fachkompetente Unterstützung an, um auf rechtsextreme Aktivitäten adäquat reagieren zu können. Gemeinsam mit den Akteuren vor Ort werden Strategien zum Umgang mit demokratiefeindlichen Tendenzen erarbeitet. Den Akteuren vor Ort wird so Handlungssicherheit gegeben. Sie werden langfristig in die Lage versetzt, vergleichbare Probleme eigenständig bearbeiten zu können. Dabei setzen die Regionalen Beratungsteams vor allem auf den Aufbau langfristig wirkender lokaler Bündnisse, die zur stärkeren Partizipation in der Kommune anregen.

Die Regionalen Beratungsteams verstehen sich als niedrighschwelliges Unterstützungs- und Beratungsangebot für engagierte Einzelpersonen, Initiativen und Bündnisse gegen Rechts, öffentliche Verwaltungen, Vereine und Verbände, Kommunalpolitik, Jugend- und Bildungseinrichtungen sowie Wirtschaftsunternehmen. Die Regionale Beratung ist überparteilich und überkonfessionell, auf Wunsch anonym, kostenlos und als Teamarbeit konzipiert. Grundgedanke der Beratung ist die Erkenntnis, dass eine starke demokratische Zivilgesellschaft der beste Schutz ist, um die Ausbreitung rechtsextremen und undemokratischen Gedankenguts zu verhindern.

Anzahl der Beratungsfälle der Regionalen Beratungsteams:

	Anzahl der Beratungsfälle
2008	98
2009	96
2010	70
2011	87



Die Schwerpunkte der Regionalen Beratungsteams liegen aktuell insbesondere in der Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Initiativen und kommunalen Handlungsträgern, die gegen rechtsextreme Interventionen (Aufmärsche, Kundgebungen, rechte Konzertveranstaltungen) aktiv werden wollen. Darüber hinaus existiert eine erhöhte Nachfrage an fachlicher Beratung durch die Pädagogenschaft in Schulen und Ausbildungseinrichtungen, die mit Aktivitäten von rechts orientierten Jugendlichen konfrontiert sind. Angesichts der umfangreichen Aktivitäten rechtsextremer Strukturen im Internet und der facettenreichen jugendkulturellen Angebote der extremen Rechten kann weiterhin von einer Steigerung der Beratungsanfragen von Pädagogen, Multiplikatoren der Jugendarbeit und Eltern ausgegangen werden.

Die Dauer der Beratungen variiert stark in Abhängigkeit von der Art des rechtsextremen Ereignisses sowie von Art und Umfang der von demokratischen Akteuren entwickelten Gegenstrategien und umfasst in einigen Fällen einen Zeitraum von mehr als sechs Monaten.

Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt

Seit August 2001 beraten und unterstützen in Sachsen-Anhalt vier Beratungsstellen die Betroffenen nach einem rechtsextremen, rassistischen oder antisemitischen Angriff. Wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, waren alternative und nicht rechtsextreme Jugendliche und junge Erwachsene am häufigsten von rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt bedroht. Daneben gehören Menschen mit Migrationshintergrund sowie gegen Rechtsextremismus Engagierte zu den Hauptbetroffenen politisch rechtsextrem motivierter Gewalt. Aber auch Juden, sozial Benachteiligte, Menschen mit physischen und psychischen Beeinträchtigungen oder Homosexuelle wurden zum Ziel rechter Gewalt.

Die Beratungsprojekte für Opfer rechtsextremer Gewalt bieten Betroffenen und deren sozialem Umfeld professionelle Beratung und Unterstützung bei der Bewältigung der materiellen und immateriellen Angriffsfolgen sowie bei der Durchsetzung und Stärkung ihrer Rechte an. Ziel der Arbeit ist es, die Perspektive der Betroffenen im gesellschaftlichen Diskurs über Rechtsextremismus und rechtsextreme Gewalt zu verankern.

Zu den Angeboten gehören u. a. die psychosoziale Beratung sowie die Beratung zur Anzeigenerstattung, die Darstellung des Ablaufs eines Strafverfahrens und die Beratung zur Verbesserung des eigenen Sicherheitsempfindens. Zu den Unterstützungsleistungen gehören u. a. die Begleitung zu Polizei, Staatsanwaltschaft, sonstigen Behörden, Ärztinnen und Ärzten sowie Gerichtsprozessen oder auch die Suche nach Therapeutinnen und Therapeuten. Auf Wunsch unterstützen die Opferberatungsstellen Betroffene auch dabei, Angriffe und ihre Folgen öffentlich zu machen und Veränderungsprozesse vor Ort zu initiieren. Darüber hinaus dokumentieren die Projekte das Ausmaß rechtsextremer Angriffe im Rahmen eines unabhängigen Monitorings und sensibilisieren durch ihre Öffentlichkeitsarbeit. Das Beratungsangebot ist unabhängig und parteilich im Sinne der Betroffenen. Es basiert auf Freiwilligkeit und Vertraulichkeit. Auf Wunsch erfolgt die Beratung auch anonym.

Anzahl der Beratungsfälle bei den Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt:

	Insgesamt	davon indirekt Betroffene	davon direkt Betroffene
2008	460 Personen	117	343
2009	474 Personen	137	337
2010	444 Personen	117	327
2011	406 Personen	110	296



Arbeitsstelle Rechtsextremismus

Die Arbeitsstelle Rechtsextremismus ist eine zentrale Recherche- und Analyseinstanz im Themenfeld Rechtsextremismus. Sie führt die Informationen zu rechtsextremen Strukturen und Aktivitäten in Sachsen-Anhalt zusammen. Als Fachstelle steht sie Aktiven aus den Bereichen Politik, Sport, Medien, der öffentlichen Verwaltung und der Wissenschaft als Ansprechpartnerin zur Verfügung. Sie unterstützt die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Sachsen-Anhalt durch fachliche Impulse sowie die Bereitstellung von Hintergrundinformationen in Form von Analysen und Einschätzungen zur aktuellen Entwicklung im Bereich des Rechtsextremismus.

Weiterentwicklung und Perspektiven

Zielperspektive ist die Konsolidierung des nun vorhandenen flächendeckenden, qualifizierten und regionalisierten Beratungsangebots für Betroffene rechtsextremer Gewalt und Kommunen, Vereine, Verbände etc. Die Regionalen Beratungsteams, die Opferberatungsstellen sowie die Arbeitsstelle Rechtsextremismus bilden die zentrale Beratungsstruktur in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aktivitäten, rassistischen oder rechtsextremen Angriffen. Gleichzeitig stärken sie die demokratische Zivilgesellschaft im lokalen Raum. Daher sollten die Projekte im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus verstetigt und langfristig in die Regelförderung überführt werden.

Mit der Bündelung in vier Regionen ist die Voraussetzung geschaffen, um Synergien zwischen den Projekten im Bundesprogramm (Regionale Beratungsteams, Opferberatungsstellen, Lokale Aktionspläne, Modellprojekte) besser zu nutzen. Darüber hinaus soll die Möglichkeit eröffnet werden, dass sich langfristig weitere Projekte der Demokratieförderung und zur Prävention von Rechtsextremismus ansiedeln. Auch bei der Fortführung und Weiterentwicklung Lokaler Aktionspläne in den Kommunen kann auf die Erfahrungen und Kompetenzen der Projekte des Beratungsnetzwerks zurückgegriffen werden. Um die Sichtbarkeit zu steigern, soll die Öffentlichkeitsarbeit intensiviert werden.

Im Rahmen der Qualitätsentwicklung soll eine fachliche Weiterentwicklung der Beratungsarbeit unterstützt werden. Das gegenwärtig durchgeführte Qualitätsverfahren im Beratungsnetzwerk setzt hier an und wird in den beiden folgenden Förderjahren fortgeführt werden.

Eng verknüpft mit den bisherigen Beratungsangeboten bedarf es darüber hinaus der Etablierung eines Beratungsmoduls für Eltern. Dieses soll Eltern für die erzieherischen Herausforderungen bei der Verhinderung des Einstiegs in die rechtsextreme Szene sensibilisieren und zugleich Beratung und Begleitung für Angehörige bieten, deren Kinder bereits in die rechtsextreme Szene eingestiegen sind. Ziel ist es, ein Beratungsangebot zu konzipieren, das sozialpädagogische Expertise und Fachexpertise im Handlungsfeld Rechtsextremismus verbindet.

Den über die Elternberatung erreichbaren Jugendlichen, die rechtsextrem gefährdet bzw. im rechtsextremen Milieu eingebunden sind, sollen gezielte Angebote der Jugendbildung und Jugendsozialarbeit gemacht werden, um sie gegen Rechtsextremismus zu immunisieren bzw. ihren Ausstieg aus dem Milieu zu fördern. Die Erfahrungen aus bereits bestehenden Projekten wie dem Modellprojekt „Rollenwechsel – zur geschlechterreflektierenden Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen“ sollen dabei einbezogen werden.

Im Kontext der beschriebenen Handlungsbedarfe ist zur Ergänzung der bestehenden Beratungsangebote insbesondere die Einrichtung einer landesweit tätigen Antidiskriminierungsstelle notwendig. Bisher gibt es für Betroffene von Diskriminierung vor allem aufgrund rassistischer Zuschreibungen und ethnischer Herkunft, aber auch aufgrund von Religion, Weltanschauung, Geschlecht, sexueller Identität, Behinderung oder Lebensalter in Sachsen-Anhalt keine zentrale Clearingstelle. In enger Zusammenarbeit mit dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus sowie Projekten der Integrationsarbeit sollte hier auch eine regionale Verankerung erfolgen, um einen möglichst einfachen Zugang



zu gewährleisten. Zunächst sollte hierfür ein horizontal strukturiertes Netzwerk der verschiedenen vorhandenen Beratungsstellen geschaffen werden.

3. Kita, Schule, Hochschule, Erwachsenenbildung: Bildung als Schlüssel zu demokratischem Denken und Handeln

Ausgangssituation

Ob Kindertagesstätte, Schule, Hochschule oder Erwachsenenbildung: Bildung ist ein wichtiger Schlüssel zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen und politischen Prozessen, zum aktiven Mitgestalten des Gemeinwesens und zu einem friedlichen, weltoffenen Umgang, der sich an den Prinzipien der Menschenrechte orientiert.

Kindertageseinrichtungen erfüllen einen eigenständigen alters- und entwicklungsspezifischen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierten Gesamtkonzeption. Sie sollen unter anderem den Erwerb sozialer Kompetenzen wie Selbständigkeit, Verantwortungsbereitschaft und Gemeinschaftsfähigkeit fördern sowie die Toleranz und Akzeptanz gegenüber anderen Menschen, Kulturen und Lebensweisen voranbringen.

Als Teil der Gemeinschaft gestalten die Kinder den Alltag in der Kindertageseinrichtung aktiv mit. Sie suchen sich dafür ihre Wege selbst und handeln sie mit anderen in demokratischen Prozessen aus. Um die Partizipation als fachliche Grundorientierung in den Kindertageseinrichtungen umzusetzen, ist es unerlässlich, den Kindern im Alltag der Kindertageseinrichtung demokratische Werte zu vermitteln und demokratische Kompetenzen zu fördern. Gleichzeitig wird in den Kindertageseinrichtungen ein Klima der Toleranz und Wertschätzung gefördert. Dies gilt sowohl für die Kinder als auch für die pädagogischen Fachkräfte.

Teil des im Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt verankerten Erziehungs- und Bildungsauftrages ist es, „die Schülerinnen und Schüler zur Achtung der Würde des Menschen, zur Selbstbestimmung in Verantwortung gegenüber Andersdenkenden, zur Anerkennung und Bindung an ethische Werte, zur Achtung religiöser Überzeugungen, zu verantwortlichem Gebrauch der Freiheit und zu friedlicher Gesinnung zu erziehen“. An diesem Grundsatz orientieren sich Lehr- und Lerninhalte ebenso wie Arbeits- und Vermittlungsformen, innerschulische Entscheidungsprozesse und Umgangsformen sowie die Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern. Es ist in diesem Kontext auch auf die Potentiale des Schulsports und des außerunterrichtlichen Schulsports hinzuweisen. Mit der Förderung von Normen- und Pflichtbewusstsein, sozialen Verhaltensweisen wie Rücksichtnahme, Solidarität, Toleranz und Konfliktfähigkeit haben der Sportunterricht und der außerunterrichtliche Schulsport großen Anteil an der Werteerziehung in der Gesellschaft.

In der europäisch und global geprägten Welt gewinnen zudem interkulturelle und internationale Erfahrungen elementare Bedeutung. Viele Aktivitäten von Schulen aller Schulformen richten sich deshalb darauf, auch im außerunterrichtlichen Bereich durch Begegnung und Austausch, besonders im Rahmen von Schulpartnerschaften, das interkulturelle Lernen mit dem Erleben und Erfahren dieser Dimension zu vervollständigen.

Gleichzeitig ist Schule auch ein wichtiges Feld der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Bestrebungen und Entwicklungen. Unterrichtsfächer wie Geschichte, Sozialkunde, Ethik und Religion bieten den Raum, aktuelle Ereignisse wie die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ oder auch die Versuche der neonazistischen NPD-Jugendorganisation JN, mit „Schulhof-CDs“, Comics und Schülerzeitungen rassistische und geschichtsrevisionistische Inhalte an Schulen zu verbreiten, aufzugreifen und einzuordnen. Zu dem Auftrag, zu Demokratie und Toleranz zu erziehen, gehört darüber hinaus die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Gewalt in der Schule.



In den Schulen Sachsen-Anhalts gibt es eine Vielfalt von Handlungsansätzen, die das Bewusstsein für eine demokratische, menschenrechtsorientierte Kultur stärken. Ein besonderes Augenmerk gilt hier nachhaltigen Strategien, die diesen Weg geradlinig verfolgen. Dazu gehören Schulen, die konsequent Schülerinnen und Schüler als Streitschlichter und Mediatoren ausbilden. In diesem Zusammenhang sind aber auch Schulnetzwerke wie die UNESCO-Projektschulen, die Europaschulen, das Netzwerk „Service-Learning – Lernen durch Engagement“ und das Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) zu nennen.

Ziele und Ergebnisse der bisherigen Maßnahmen und Projekte

Bildung elementar – Bildung von Anfang an

Im Bildungsprogramm für Kindertageseinrichtungen in Sachsen-Anhalt „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“ werden Diversität und Integration als fachliche Grundorientierungen in Kindertageseinrichtungen ausgewiesen.

Voraussetzung für gelingende Prozesse ganzheitlicher und elementarer Bildung ist, dass Kindertageseinrichtungen in ihrem Angebot nicht selektieren, sondern integrieren. Das bedeutet, sie öffnen sich grundsätzlich für alle Kinder und Familien einer bestimmten Region, unabhängig von deren kulturellen Verschiedenheiten, alters- und bedürfnismäßigen Unterschieden und individuellen Problemlagen. Erfolgreiche Entwicklungen und Veränderungen entstehen grundsätzlich aus Unterschieden. Kindertageseinrichtungen fördern daher eine Kultur, in der Unterschiede als wichtige Bildungsressource wertgeschätzt werden. Zugleich reagieren sie aber gezielt auf gegebene Ungleichheiten, insbesondere auf Benachteiligungen. In einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft muss sich jede Kindertageseinrichtung darauf einstellen, dass jedes Kind „besondere“ Bedürfnisse, aber auch „besondere“ Eigenschaften, Fähigkeiten und Begabungen hat.

Mit der Vereinbarung zur Umsetzung des Bildungsauftrags und des Bildungsprogramms für Kindertageseinrichtungen vom 21.09.2004 haben sich das Land Sachsen-Anhalt und die beteiligten freien Träger darauf verständigt, dass das Bildungsprogramm gemäß § 4 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 4 des Kinderförderungsgesetzes für alle Kindertageseinrichtungen gilt. Damit wird sichergestellt, dass auch die fachlichen Grundorientierungen in den Kindertageseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt gelten und die Inhalte des Bildungsprogramms im Rahmen der jeweiligen pädagogischen Konzeption umgesetzt werden. Die Umsetzung erfolgt in vielfältiger Weise und orientiert sich an den jeweils aktuellen Bedürfnissen der Kinder. Die Fachschulausbildung für Erzieherinnen und Erzieher muss auf diese pädagogischen Anforderungen vorbereiten.

Ergänzend zum Bildungsprogramm existieren mehrere Modellprojekte im Elementar- und Primarbereich zur Förderung von Vielfalt und Differenz. Es sollen Praxiskonzepte entwickelt werden, bei denen externe Fachkräfte neue Methoden im Umgang mit Vielfalt und Differenz entwickeln und bestehende Techniken anpassen. Die Ergebnisse dieser Praxis werden in die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern sowie Lehrerinnen und Lehrern eingespeist.

Lehrpläne im Dienst der Demokratieerziehung

Durch die Zielstellungen und Kompetenzschwerpunkte in den Lehrplänen sollen Schülerinnen und Schüler befähigt werden, sich mit Möglichkeiten und Problemen des demokratischen Handelns auseinander zu setzen. Sie leisten Beiträge zur Erziehung zu Verständnis und Toleranz im Denken und Handeln, zu interkultureller Bildung und zur Friedenserziehung.

Im Geschichtsunterricht sind die Weimarer Republik, die Zeit des Nationalsozialismus, die Teilung Deutschlands sowie der friedliche Umbruch 1989/90 feste Bestandteile der Lehrpläne. Im Fach Sozialkunde wird die „Demokratie in der Schule“ erörtert und die Frage gestellt: „Was geht mich Politik an?“



Lehrpläne weiterzuentwickeln und modernen wissenschaftlichen und pädagogischen Erkenntnissen anzupassen, ist ein kontinuierlicher Prozess. Für die Sekundarschulen ist eine grundlegende Überarbeitung aktuell abgeschlossen worden. Handlungsbedarf und -spielräume gibt es in den nächsten Jahren insbesondere bei der Überarbeitung der Lerninhalte für die Gymnasien.

An Berufsbildenden Schulen kann die Auseinandersetzung mit Alltagsrassismus und Formen von Demokratiefeindlichkeit schon aufgrund der geringen Stundenanteile der einschlägigen Fächer nicht ausschließlich über den Inhalt von Fachunterricht geleistet werden. Hier müssen gemeinsam mit den Kammern und den ausbildenden Betrieben weitere Wege der Wertevermittlung erschlossen werden.

Interkulturelles Lernen und internationale Erfahrungen

Zum interkulturellen Lernen als Unterrichtsprinzip gehören alle Formen, die durch die Erfahrung kultureller Unterschiede zu einer genaueren Analyse und zur Relativierung der eigenen kulturellen Normen und Sozialsysteme und damit zum Abbau kultureller Vorurteile führen. Das kann erreicht werden über eine Auseinandersetzung mit ethnozentrischem Denken und Handeln, durch das Verständnis für die Vielfalt der Kulturen, das Akzeptieren und Respektieren der anderen Kultur, das Bewerten und Beurteilen unterschiedlicher Kulturäußerungen und auch durch die Aneignung einzelner Einstellungen und Verhaltensweisen aus anderen Kulturen im Sinne eines interkulturellen und interreligiösen Verständnisses.

Schülerinnen und Schüler mit eigener Migrationsgeschichte machen in den Schulen die Gemeinsamkeiten, Vielfalt, Nähe und Unmittelbarkeit Europas und die globalen Verflechtungen in besonderer Weise erfahrbar. Ihre Anwesenheit sollte zum Anlass genommen werden, den Unterricht kulturübergreifend zu gestalten und den Reichtum der Kultur Europas und der Welt zu verdeutlichen. Das gemeinsame Lernen von Einheimischen und Zugewanderten kann die Fähigkeit zur Solidarität und zum friedlichen Zusammenleben unterstützen.

In den Lehrplänen und Rahmenrichtlinien, insbesondere der Unterrichtsfächer Sozialkunde, Geschichte, Geographie, Ethik- und Religionsunterricht, sind schwerpunktmäßig übergreifende Themen- und Kompetenzbereiche verankert, die einen spezifischen Beitrag zum interkulturellen Lernen leisten wie etwa Umgang mit Rassismus, Gewalt, Fremdenhass, und Ausländerfeindlichkeit, Demokratie und Toleranz, die Kinderrechte der UN-Charta, Kinderarbeit, Straßenkinder, Entwicklungspolitik, Weltmarkt/Welthandel.

Etwa 250 Schulen in Sachsen-Anhalt haben internationale Schulpartnerschaften. Davon bestehen etwa drei Viertel zu Schulen in Staaten der Europäischen Union, die anderen verteilen sich rund um die Welt. Im Rahmen dieser Partnerschaften fahren jährlich zwischen 2.000 und 2.500 Schülerinnen und Schüler zu ihren Partnerschulen, und etwa die gleiche Anzahl kommt im Gegenzug als Gastschülerinnen und -schüler nach Sachsen-Anhalt.

Schulnetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ist in Sachsen-Anhalt das derzeit größte Schulnetzwerk. Mehr als 70 Schulen im Land widmen sich kontinuierlich mit Projekten und Maßnahmen, aber auch mit vielfältigen Kooperationsbeziehungen dem Ziel, die Schule als Institution und die einzelnen Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer als handelnde Personen im Hinblick auf Zivilcourage, Toleranz, Weltoffenheit, Gewaltfreiheit und Konfliktfähigkeit in der Schule zu stärken. Die Initiatoren sehen die Schule als komplexen Lernort mit einem spezifischen sozialen Umfeld. Dabei setzt der Handlungsansatz SOR-SMC nicht auf kurzfristigen Aktionismus, sondern auf einen aktiven Meinungsbildungsprozess in der Schule, der durch möglichst kontinuierliche Aktivitäten zum Beispiel von einer Arbeitsgemeinschaft oder durch die Schülervertretungsgremien umgesetzt wird. Methodisch steht die Förderung der Eigeninitiative und Teilhabe der Schülerschaft im Mittelpunkt des Projekts. Um diesen Prozess zu unterstützen, ist das Projekt als Netzwerk



konzipiert, so dass ein Erfahrungs- und Informationsaustausch der Schulen untereinander, aber auch mit außerschulischen Kooperationspartnern gewährleistet ist. Zielgruppe des Projekts sind Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer.

In Sachsen-Anhalt ist die Landeszentrale für politische Bildung zuständig für die Landeskoordination von SOR-SMC und bietet teilnehmenden Schulen Beratung und Unterstützung an. Das reicht von der Begleitung der Titelerlangung bis zur gemeinsamen Durchführung von Veranstaltungen, Projekttagen und Lehrerfortbildungen zu den Themen Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Landesweite Veranstaltungen bieten Lernenden und Lehrenden die Möglichkeit der Vernetzung und des Erfahrungsaustauschs. Mit dem Ziel der Qualitätssicherung hat die Landeszentrale für politische Bildung den Schulen eine Handreichung zur Nachhaltigkeit zur Verfügung gestellt. Zudem führt sie seit vier Jahren nach Beendigung eines Schuljahres eine Evaluationsumfrage unter den Titelschulen durch und berät bei Bedarf Schulen in Bezug auf den Projektverlauf.

Service-Learning – Lernen durch Engagement

Seit 2008 arbeiten das Kultusministerium, das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulqualität, die Freudenberg-Stiftung und die Freiwilligen-Agentur an der Implementierung des Lehr- und Lernkonzeptes „Service-Learning – Lernen durch Engagement“ im Schulwesen in Sachsen-Anhalt. Lernen durch Engagement (LdE) verbindet die kognitive Wissensvermittlung innerhalb des Unterrichts mit der Verantwortungsübernahme durch Schülerinnen und Schüler im Gemeinwesen. Damit wird das bürgerschaftliche Engagement gefördert und die sozialen und personalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler gestärkt. Durch die neue Unterrichtsmethode wird ein handlungsorientierter Unterricht und insbesondere die Demokratiekompetenz gestärkt und gefördert. Die Schülerinnen und Schüler partizipieren aktiv an der Planung und Gestaltung ihrer Projekte und übernehmen dadurch Verantwortung für ihr Lernen, ihr schulisches Umfeld und ihr außerschulisches Handeln. Das Konzept kann an allen Schulformen, in allen Fächern und in allen Altersstufen angewandt werden.

Über 700 Lehrerinnen und Lehrer wurden inzwischen zur Anwendung des Konzeptes und bei der Initiierung von Lernen durch Engagement in allen Schulformen und Landesteilen qualifiziert und begleitet. Dazu wurde neben den vielfältigen Formen der Lehrerfort- und -weiterbildung, Erstellung von Handreichungen, schulinternen Rahmenrichtlinien und Unterrichtsmaterialien auch ein landesweites Schulnetzwerk als Teil des bundesweiten Netzwerkes „Lernen durch Engagement“ der Freudenberg-Stiftung aufgebaut. Dem gehören derzeit 20 Schulen aus Sachsen-Anhalt an, die das Konzept im Schulprogramm verankert haben und fächerübergreifend anwenden. Das Schulnetzwerk soll in den nächsten Jahren deutlich ausgeweitet und das Lernkonzept noch stärker verbreitet werden.

Programm „Schulerfolg sichern!“

Das ESF-Programm „Schulerfolg sichern!“ soll dazu dienen, die Quote von Schülerinnen und Schülern, die keinen Schulabschluss erreichen, signifikant zu senken und diesen Rückgang durch frühzeitige Prävention und Intervention langfristig und nachhaltig abzusichern. Bei der Entwicklung und Durchführung der Maßnahmen werden die geschlechtsspezifischen Besonderheiten von Mädchen und Jungen sowie die Besonderheiten von jungen Zugewanderten besonders beachtet.

Innerhalb des Programms werden sozialpädagogische Projekte an Schulen aller Schulformen gefördert. Sie beinhalten sowohl intervenierende als auch präventive Aufgaben. Schülerinnen und Schüler werden durch verschiedene Angebote unterstützt, um eine Lebensweltorientierung zu erhalten und mit einem Schulabschluss einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Sie erhalten Hilfen bei beruflicher Orientierung, arbeiten in sozialpädagogischer Kleingruppenarbeit an Strategien zur Konfliktlösung, sind beteiligt an



der Organisation von Schulprojekten, Projekttagen und außerunterrichtlichen Veranstaltungen.

Angestrebt wird, dass das Lernen wieder als sinnvoll erlebt wird und Motivation und soziale Kompetenzen gestärkt werden. Dazu gehört es auch, Selbständigkeit und Selbstverantwortung zu entwickeln. „Schulerfolg sichern!“ zielt zudem darauf ab, Schülerinnen und Schüler durch die Vermittlung grundlegenden Wissens erst einmal in die Lage zu versetzen, Prozesse der Demokratie zu verstehen und mit zu gestalten. Das Programm läuft mit dem Ende der EU-Förderperiode 2012 aus. Die Landesregierung prüft, wie die Ziele des Programms auch weiterhin unterstützt werden können.

Gedenkstättenpädagogik als Beitrag zum Schulunterricht

Der Fachlehrplan Geschichte (Erprobungsfassung) verweist auf Gedenkstätten für ehemalige Konzentrations- oder Arbeitslager der jeweiligen Region. Außerdem enthält der Lehrplan für den 10. Schuljahrgang ein Methodenpraktikum, in dem Zeitgeschichte in einer Ausstellung untersucht werden soll. Im 10. Schuljahrgang des Gymnasiums ist es für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend, die „Staatsicherheit“ und den Umgang mit ihrem Erbe zu behandeln.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt hat die gesetzliche Aufgabe, durch ihre Arbeit dazu beizutragen, dass das Wissen um die einzigartigen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur im Bewusstsein der Menschen bewahrt und weitergetragen wird. Es ist ebenfalls Aufgabe der Stiftung, die schweren Menschenrechtsverletzungen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der SED-Diktatur darzustellen und hierüber Kenntnisse zu verbreiten.

Mittlerweile verfügen alle Gedenkstätten über moderne Dauerausstellungen, die an aktuelle Konzepte der Geschichtsdidaktik und Gedenkstättenpädagogik angepasst sind; Projekttage orientieren sich an den Anforderungen der Rahmenrichtlinien auf die Stärkung historischer und narrativer Kompetenzen.

Erwachsenenbildung zur Stärkung von demokratischem Denken und Handeln

Die Förderung von Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit ist auch ein wesentliches Ziel der allgemeinen Erwachsenenbildung. Erwachsenenbildung ist ein wichtiger und integraler Bestandteil des Bildungssystems und des Konzepts des lebenslangen Lernens. In Sachsen-Anhalt gibt es flächendeckend präsente Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und plurale Träger freier Erwachsenenbildung sowie die Landeszentrale für politische Bildung als Anbieter von Bildungsmaßnahmen, die die Ziele des Landesprogramms unterstützen. Seit 2010 besteht in Sachsen-Anhalt zudem das Modellprojekt „Demokratie in der Diskussion“, das 2012 fortgeführt wird. Es zielt auf die Förderung des demokratischen Bewusstseins und demokratischen Verhaltens.

In der Landeszentrale für politische Bildung werden Maßnahmen freier Träger der Erwachsenenbildung zur Stärkung der Demokratie gefördert. Dazu zählen Tagungen und Veranstaltungen ebenso wie Informations- und Studienfahrten. Die Projekte weisen eine große Themenvielfalt aus, die alle Schwerpunkte des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit berühren. Ein wichtiger Schwerpunkt der eigenen Projekte der Landeszentrale für politische Bildung sind Fortbildungsmaßnahmen zu den Themen Demokratie und Prävention von Rechtsextremismus sowie Projekte der historisch-politischen Bildung.

Hochschulen

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt tragen mit vielfältigen Maßnahmen und Angeboten zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz und zur Integration der knapp 5.000 ausländischen Studierenden bei. Gleichzeitig sind sie Impulsgeber für innovative wissenschaftliche Zugänge zur Stärkung der Demokratie und Prävention von Rechtsextremismus.



Die Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg bietet Workshops zur interkulturellen Sensibilisierung sowohl für Lehrende und Mitarbeiter der Verwaltung der Universität als auch für Studierende an. Hinzu kommen integrative Maßnahmen wie das Festival der Kulturen oder die Integrative Begrüßungswoche. Das Bildungs- und Lehrangebot des UNESCO-Lehrstuhls für Menschenrechtsbildung enthält sowohl Veranstaltungen zu Menschenrechten und Menschenwürde im Allgemeinen wie auch Angebote zur Menschenrechtsbildung, die den Anspruch haben, als Prävention gegen Menschen- und Demokratiefeindlichkeit zu wirken. Weiterhin bietet der Lehrstuhl regelmäßige Veranstaltungen zu Themen des Diktaturvergleichs, des Rassismus, des vergleichenden Extremismus und Fundamentalismus wie auch zu Fragen der Migration und Integration an.

Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg führt in Kooperation mit der Hochschule Merseburg und der Landeszentrale für politische Bildung die Lehrerfortbildungsreihe „Demokratieverständnis – Demokratieakzeptanz“ durch. Die Fortbildungsreihe für Lehrerinnen und Lehrer trägt dazu bei, diese u. a. für das Fach Sozialkunde weiter zu qualifizieren. In der bisherigen Fortbildungsreihe wurde den teilnehmenden Sozialkundefachlehrern aller Schulformen des Landes Sachsen-Anhalt ein Überblick über die Grundlagen des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Dafür wurden vier theoretische Module entwickelt, die vom Fachbereich Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg konzipiert und durchgeführt wurden. Schwerpunkte der Fortbildung sind „Demokratie – Idee und Praxis“, „Bürger und politische Institutionen“, „Soziale und politische Partizipation“, „Regieren in der parlamentarischen Demokratie“ sowie die „Rolle der Medien in der Demokratie“.

Die Hochschule Magdeburg-Stendal bietet Projekte z. B. zur Gedenkstättenpädagogik an, um Pädagogen und Pädagoginnen in diesem Bereich durch Erweiterung zeitgeschichtlicher Kenntnisse und Vermittlung pädagogischer Konzepte zu qualifizieren. Sie bringt sich ferner mit den Projekten „Jugend im öffentlichen Raum: StreetArt“ und „Eine Welt ohne Ältere“ in das Landesprogramm ein.

Die Hochschule Anhalt und die Hochschule Harz führen Maßnahmen durch, um die Wahrnehmung der Hochschule als internationaler Begegnungsraum in der Region zu verbessern und Studierende für interkulturelle Themen zu sensibilisieren. Hochschulinterne und externe Veranstaltungen tragen zum interkulturellen Dialog der Studierenden, Hochschullehrerinnen und -lehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Bürgerinnen und Bürger an allen drei Standorten bei, z. B. durch die Gestaltung von Projekttagen an Schulen durch ausländische Studierende und öffentliche Veranstaltungen zur Begegnung zwischen Studierenden und Bevölkerung.

Für die Hochschule Harz können beispielhaft die Durchführung von gemeinsamen Projekten mit Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Gaststudierenden von Partnerhochschulen sowie der jedes Semester stattfindende Internationale Abend genannt werden. Darüber hinaus erfolgt zur Zeit als studentische Initiative der Aufbau eines dialogorientierten Stammtisches für Studierende mit Migrationshintergrund (Betreuung durch die Ausländerbeauftragte der Hochschule in Kooperation mit der Koordinierungsstelle Integration des Landkreises Harz). Zu nennen ist weiterhin die Beteiligung der Hochschule Harz an der Organisation von Treffen des International Women's Club am Standort Wernigerode.

Für die Hochschule Anhalt können als Beispiele Maßnahmen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der wissenschaftlichen Weiterbildung sowie zur Integration ausländischer Studierender genannt werden. Dazu gehören interkulturelle Trainings für ausländische Studierende zur Vorbereitung auf das Leben und das Studium in Deutschland und ein Erstsemesterpatenprogramm unter Einbindung von Tutoren, ferner ein gemeinsames Programm mit dem Seniorenkolleg, in dessen Rahmen die Senioren ausländische Studierende bei der Integration unterstützen, und das jährliche, von chinesischen Studierenden organisierte Frühlingsfest.



Weiterentwicklung und Perspektiven

Primarbereich

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Landesprogramms sollen gezielt Vorhaben für Kindertagesstätten und Grundschulen entwickelt werden.

Weiterentwicklung der Lehrpläne zur Stärkung der Demokratieerziehung

Bei der Überarbeitung von Rahmenrichtlinien arbeitet die Landesregierung weiterhin darauf hin, Lerninhalte und Methoden auf

- die Förderung des demokratischen Bewusstseins und demokratischen Verhaltens,
- die Förderung des historischen Wissens um die Ursachen von Gewaltherrschaft und Kriegen,
- Gewaltprävention,
- interkulturelles und interreligiöses Verständnis und Toleranz,
- internationalen Austausch und Begegnung

auszurichten. Schwerpunktmäßig geht es dabei in den nächsten Jahren um die Lerninhalte an Gymnasien.

Demokratiepädagogik ausbauen – Lehrkräfte sensibilisieren und qualifizieren

Die Landesregierung will die demokratiepädagogische Erziehung und Bildung an den Schulen ausbauen. Ergebnisse des Masterstudiengangs „Demokratiepädagogische Schulentwicklung und soziale Kompetenzen“ sollen in der Lehrerfortbildung genutzt werden. Dafür wird ein Fortbildungskonzept „Demokratiepädagogik“ entwickelt.

Vorgesehen sind außerdem

- ein landesweites Symposium zum Thema „Was hat Inklusion mit Demokratie zu tun?“,
- eine Fortbildungsreihe „Schulgemeinschaft – Ort zum Demokratie lernen und leben“,
- in Kooperation mit dem Förderprogramm „Demokratisch handeln“ eine regionale Lernstatt Demokratie in Sachsen-Anhalt.
- Die regelmäßigen Fortbildungsangebote an Gedenkstätten sollen verstärkt genutzt werden. Gedenkstätten eignen sich für landesweite, regionale und schulinterne Fortbildungsveranstaltungen.
- Die Kooperation mit außerschulischen Projekten wird verstärkt, insbesondere im Ganztags schulbereich.

Es soll geprüft werden, wie ESF-Programme und Angebote der Arbeitsagenturen zur Demokratieerziehung genutzt werden können.

Internationale Begegnungen ausbauen

Die Landesregierung wird alle Schulen ermutigen, den internationalen Beziehungen und Kontakten einen angemessenen Stellenwert zu geben. Schulen ohne internationale Kontakte müssen sich fragen, warum sie ihren Schülerinnen und Schülern die Chance von Begegnung und Austausch, von internationaler Projektarbeit und Online-Zusammenarbeit mit Schulen im Ausland vorenthalten. Internationale Beziehungen gehören heute zu den anerkannten und elementaren Qualitätsmerkmalen einer guten Schule. Dazu sollen die Rahmenbedingungen für internationale Schulpartnerschaften und den Schüleraustausch weiter verbessert werden.

„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“: Nachhaltigkeit sichern – Berufsschulen einbeziehen

Für die Weiterentwicklung des Projekts ergeben sich in den nächsten Jahren folgende Schwerpunkte:



- Das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ soll sich weiter curricular verankern.
- Eine generelle Zusammenarbeit mit den Kommunen als Schulträgern wird angestrebt.
- Die weitere Sicherung der Nachhaltigkeit. Hierzu gehört ein vielfältiges Angebot an landesweiten, auch fächerübergreifenden Projektangeboten zur Förderung der Methodenvielfalt und aufgrund der wachsenden Zahl der teilnehmenden Schulen eine stärkere regionale Vernetzung.
- Die Landesregierung verfolgt das Ziel, allgemeinbildende, Förder- und berufsbildende Schulen zu motivieren, an dem Projekt teilzunehmen. Dabei gilt es, vermehrt schulformspezifische Umsetzungsmöglichkeiten zu entwickeln. Für die Umsetzung an berufsbildenden Schulen strebt die Landesregierung eine enge Zusammenarbeit mit Kammern, Ausbildungsbetrieben und Gewerkschaften an.

„Lernen durch Engagement“ (LdE) in allen Schulformen etablieren

Für die Etablierung des neuen Lehr- und Lernkonzeptes ergeben sich in den nächsten Jahren folgende Schwerpunkte:

- Lehrkräfte und Schulleitung beraten, qualifizieren und begleiten,
- curriculare Verankerung weiterentwickeln,
- LdE-Multiplikatoren gewinnen, qualifizieren und begleiten,
- LdE in die Lehrerausbildung implementieren,
- LdE-Schulnetzwerk und Unterstützungsangebote für LdE-Schulen ausbauen,
- Projektfonds für LdE-Projekte an Schulen entwickeln.

Gedenkstätten als Lernorte nutzen

Die Landesregierung verfolgt das Ziel, dass alle Schulen im Land die pädagogischen Angebote der Gedenkstätten nutzen. Sie unterstützt insbesondere den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen zwischen Schulen und Gedenkstätten.

Die Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt erarbeitet im Jahr 2012 ein übergreifendes pädagogisches Konzept für alle Gedenkstätten mit dem Ziel, an allen zur Stiftung gehörenden historischen Orten gleichermaßen mit modernen, zielgruppengerechten pädagogischen Angeboten zu arbeiten und so zur Demokratiebildung und -erziehung beizutragen. In den Gedenkstätten Lichtenburg und Langenstein-Zwieberge werden moderne Besucherleitsysteme installiert, die diesen didaktischen Anforderungen entsprechen.

Demokratie erfahren – Schule demokratisieren

Die Regierungsparteien haben in der Koalitionsvereinbarung festgelegt: „Die Koalitionspartner wollen, dass Schülerinnen und Schüler ausreichend Möglichkeiten erhalten, demokratische Verfahren zu erlernen und demokratische Entscheidungen zu treffen. Deshalb kommt der besseren Ausgestaltung und Nutzung der Mitwirkungsrechte von Schülerinnen und Schülern und Eltern, in Anlehnung an die Empfehlung des Bildungskonvents, eine besondere Bedeutung zu.“

Die Landesregierung strebt an, die Empfehlungen des Bildungskonvents zur Demokratisierung der Schulen in der laufenden Wahlperiode umzusetzen.

Erwachsenenbildung: neue Impulse für Demokratie

Für die nächsten Jahre verfolgt die Landesregierung das Ziel, die pädagogische Arbeit der Einrichtungen der allgemeinen Erwachsenenbildung und die Aktivitäten des Landesausschusses für Erwachsenenbildung mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit zu vernetzen. Dabei soll auch die Gewinnung neuer Zielgruppen



durch spezifische Formate z. B. für Seniorinnen und Senioren eine Rolle spielen. Denn vor dem Hintergrund des demographischen Wandels hat die Entwicklung altersgerechter Weiterbildungsangebote eine wachsende Bedeutung. Dies betrifft sowohl Form wie Inhalt der Angebote. Generationenübergreifende Angebote werden dabei ebenso benötigt wie solche, die speziell auf die Belange der jeweiligen Altersgruppe zugeschnitten sind. Ziel ist es, die Qualität und Effizienz der Weiterbildungsangebote zu stärken und durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit die Teilnahme zu erhöhen.

Hochschulen und Universitäten

Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg führt in den Jahren 2012/2013 das Projekt „Transferzentrum Demokratieforschung und Demokratiepoltik“ durch, es umfasst drei praxisbezogene Teilprojekte.

Das Max-Planck-Institut Magdeburg führt gemeinsam mit der Hochschule Magdeburg-Stendal und weiteren wissenschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Kooperationspartnern das Zivilcourage-Projekt „Otto greift ein“ durch. Dieses will Menschen dabei helfen, in Konfliktsituationen handlungsfähig zu sein und einzugreifen. So soll sich Zivilcourage zu einer Kernkompetenz der Magdeburger Bürgerinnen und Bürger entwickeln, indem das Projekt die Aufmerksamkeit auf eben dieses Thema lenkt. Zielgruppe des Projekts sind alle erwachsenen Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Magdeburg.

Die Hochschule Merseburg plant ein Projekt zum Thema Schulkulturarbeit gegen rechts als Arbeitsfeld für Kulturpädagogen und Kulturpädagoginnen. Das Projekt soll unter dem Titel „Schulkulturarbeit gegen rechts“ eine Integration von kultureller Bildung in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen intendieren.

4. Jugend stark machen für Demokratie

Ausgangssituation

Trotz der Distanz vieler Jugendlicher zur etablierten Politik sind viele gesellschaftlich aktiv oder grundsätzlich bereit, sich zu engagieren. Sie setzen sich dabei meist für konkrete Themen und ihre Interessen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld ein, auch wenn sie dies meist nicht mit dem für sie abstrakten Begriff „Demokratie“ verbinden. Junge Menschen sind stark für Demokratie, wenn sie das notwendige Wissen über die demokratischen Grundbegriffe mit eigenen Erfahrungen und dem Erleben von Demokratie verbinden können. Stark sein für Demokratie setzt zudem die Fähigkeit zur Übernahme von Verantwortung für sich und andere voraus sowie die Fähigkeit, eigene Interessen zu formulieren und zu vertreten, Konflikte gewaltfrei zu lösen und einen Ausgleich widerstreitender Interessen zu suchen und zu akzeptieren.

Jugendverbände und Fachträger der Jugendbildungsarbeit im Sinne der Jugendhilfe leisten einen wichtigen Beitrag zum Erwerb dieser Fähigkeiten, die für eine demokratische Gesellschaftsform grundlegend sind. Durch Jugendverbände werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten. Die Arbeit in Jugendverbänden ist geprägt durch die Grundsätze der Selbstorganisation, der Freiwilligkeit, der Orientierung an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen und der Ganzheitlichkeit. Jugendverbände sind freiwillige Zusammenschlüsse junger Menschen, die sich aus Motivation und Überzeugung heraus engagieren. Partizipation findet hier nicht „von oben“ statt, sondern die Jugendlichen selbst sind an Selbstorganisation und Beteiligung interessiert.

Ebenso vielfältig sind die Programme und Maßnahmen der Verbände und Fachträger, die von den jungen Menschen ausgewählt und gestaltet werden. Vor allem aber eröffnet Jugendarbeit Möglichkeiten, in der Gemeinschaft mit anderen jungen Menschen die Regeln



für das Zusammenleben auszuhandeln, die eigenen Interessen zu formulieren und zu vertreten und in den Willensbildungsprozess der Gesamtheit einzubringen und einzuordnen.

Die grundsätzlich demokratische Struktur von Jugendverbandsarbeit und Jugendbildung schützt jedoch nicht vor dem Einfluss demokratiefeindlicher Bestrebungen. So müssen Ehrenamtliche und Hauptamtliche im Jugendverband selbst die notwendige Sensibilität und das notwendige Wissen für ein demokratisches Engagement sowie für einen angemessenen Umgang mit rechtsextremen Erscheinungen in der Arbeit mitbringen. Eine entsprechende Aus- und Fortbildung der haupt- und ehrenamtlich Tätigen ist daher unverzichtbar.

Mehr und mehr Jugendliche möchten sich in selbst gesteuerte Strukturen und mit eigenen Initiativen im Bereich der Stärkung von Toleranz und Demokratie einbringen. In Eigenregie engagieren sie sich beispielsweise für soziale Zwecke, für den Umweltschutz oder die interkulturelle Verständigung. Erwachsene sollten den Aktivitäten mehr Raum und Anerkennung geben und hier und da Hilfestellung leisten. Meist lokale, aber landesweit tätige Projekte wie „Freistil – Jugend engagiert in Sachsen-Anhalt“ oder „Think Big“ widmen sich der Unterstützung dieses selbst organisierten Engagements und bieten Plattformen, in denen sich Jugendliche austauschen und von Gleichaltrigen unterstützt und beraten werden.

Neben diesen freien Engagementformen bieten Freiwilligendienste jungen Menschen zwischen 16 und 27 Jahren ein Engagement nach klaren Regeln und in zumeist etablierten Strukturen. Anfang und Ende, Dauer und Umfang, Inhalt, Aufgaben, Ziel und Art der freiwilligen Tätigkeit sind bei einem Jugendfreiwilligendienst ebenso festgelegt wie der finanzielle und organisatorische Rahmen, die rechtliche und soziale Absicherung sowie die infrage kommenden Orte und Träger bzw. Einsatzstellen. Vielfältige Jugendfreiwilligendienste ermöglichen Orientierung im Übergang von der Schule zum Beruf, vermitteln als Bildungsdienste wichtige Kompetenzen und geben bedeutende Impulse für späteres bürgerschaftliches Engagement.

Das Freiwillige Soziale Jahr im politischen Leben ist eine besonders erfolgreiche Form, mit der Jugendliche in Sachsen-Anhalt Demokratie leben. Hier können Jugendliche nach dem Schulabschluss Politik und politische Prozesse hautnah verstehen lernen. Sie können selbst aktiv werden, politisch handeln und wertvolle Erfahrungen bei der Gestaltung des Gemeinwesens sammeln.

Ziele und Ergebnisse der bisherigen Projekte und Maßnahmen

Während die Förderung örtlicher Jugendverbände und der außerschulischen Bildungsarbeit in der Zuständigkeit der örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe liegt, fördert das Land die Arbeit von landesweit tätigen Jugendverbänden und Fachträgern im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Dies erfolgt insbesondere durch die Beteiligung an den Ausgaben für Bildungsreferenten und Bildungsmaßnahmen, durch eine Beteiligung an den Kosten der Geschäftsstellen der Jugendverbände und weiteren Fachträgern, durch eine Förderung der Aus- und Fortbildung von ehrenamtlichen Jugendgruppenleiterinnen und -leiter sowie durch die Förderung von Projekten mit Modellcharakter.

Die Ausbildung von Jugendleiterinnen und Jugendleitern erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen unter Beachtung des spezifischen Trägerprofils. Für die konkrete Ausgestaltung der Fortbildungsmodule speziell zum Thema Rechtsextremismus halten die vom Land geförderte Landeszentralstelle „JuLeiCa“ beim Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. sowie weitere Fachträger wie z. B. der Miteinander e. V. umfangreiche Hintergrundinformationen für Teamerinnen und Teamer sowie einen detaillierten Methodenkatalog bereit mit zahlreichen Anregungen für die konkrete Arbeit.

Durch die Maßgaben der Landesförderung werden über die Träger der vielfältigen Jugendbildungsmaßnahmen die Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus und Demokratie angeregt sowie gezielte Bildungsmaßnahmen zur Auseinandersetzung mit den Erscheinungen des Rechtsextremismus angeboten.

Mit Landesmitteln geförderte, landesweit tätige Jugendverbände bzw. die ihnen entsprechenden Bundesverbände und weitere Fachträger der Bildungsarbeit haben zudem



vielfach verbandsspezifische Handreichungen für den Umgang mit rechtsextremistischen Phänomenen innerhalb des Verbandes entwickelt. Zu verweisen ist in diesem Zusammenhang etwa auf die Handreichungen der Deutschen Sportjugend („Verein & Verbände stark machen – zum Umgang mit Rechtsextremismus im und um den Sport“) oder der Deutschen Jugendfeuerwehr („Demokratie steckt an: Trainingshandbuch für die JuLeiCa-Ausbildung und den Alltag der Jugendfeuerwehr“).

Als besonders wirksam wird zudem eingeschätzt, wenn die Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus nicht nur gelegentlich durch Teilnahme von Aus- und Fortbildungen gefördert wird, sondern vielmehr auch eine strukturelle Verankerung z. B. in der Verbandsarbeit erfährt. Dies geschieht etwa durch speziell mit der Thematik vertraute Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die für themenspezifische Veranstaltungen sowie Beratung im Umgang mit rechtsextremen Phänomenen im Verbandsalltag zur Verfügung stehen. So hat das Land z. B. bei der Jugendfeuerwehr eine Referentenstelle mit speziell dieser Ausrichtung in den vergangenen Jahren gefördert.

Ebenso förderte und fördert das Land verschiedene Projekte mit Modellcharakter, die eine Entwicklung und Erprobung von innovativen Ansätzen und Methoden in der Bildungs- und Verbandsarbeit mit unterschiedlichsten Themen und Zielgruppen ermöglichen. Darüber hinaus zeigen diese neue Wege auf, wie ein von Toleranz bestimmtes Miteinander in einer durch Vielfalt geprägten Gesellschaft jenseits von rechtsextremen und menschenverachtenden Einstellungen gelingen kann. Dies wirkt sich langfristig positiv auf die Regelstrukturen aus, da fachlich neue Impulse gegeben werden und so das Handlungsspektrum erweitert wird. Mit den Modellprojekten werden folgende Themen aufgegriffen:

- Die Auseinandersetzung mit historischem und aktuellem Antisemitismus

Ein Projekt wendet sich insbesondere an Jugendliche mit Migrationshintergrund und animiert diese, aktiv gegen Antisemitismus und Rassismus vorzugehen. Hauptziel ist die Sensibilisierung für aktuelle antisemitische und diskriminierende Erscheinungsformen und die Schaffung eines interkulturellen und interreligiösen Miteinanders. Ein weiteres Projekt legt den Schwerpunkt auf eine aktuelle, jugendadäquate Wissensvermittlung gegen rechtsextreme Propaganda im Alltag durch Aufbau eines Webportals.

- Die Auseinandersetzung mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen

Das Projekt erarbeitet geschlechterreflektierende Konzepte und Ansätze in der Bildungsarbeit speziell für rechtsextrem orientierte Jugendliche auch durch die praktische Arbeit mit dieser Zielgruppe. Die Konzepte und Erfahrungen sollen anschließend in die Regelstrukturen zur weiteren Nutzung eingebracht werden.

- Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus in der Jugendsozialarbeit

Ein Projekt konzentriert sich auf benachteiligte Jugendliche im Berufsvorbereitungsjahr, die aus schwierigen sozioökonomischen Verhältnissen stammen und über ein niedriges Bildungsniveau verfügen. Individuelle Unterstützungsangebote sollen ihre Zukunftschancen auf eine soziale und berufliche Integration erhöhen und beruflichen Exklusionsprozessen und damit verbundener Anfälligkeit für rechtsextremes Gedankengut vorbeugen.

Ein weiteres Projekt erprobt und implementiert arbeitsbezogenes Übergangsmangement und transkulturelle Qualifizierung an den „Lernorten“ der Jugendsozialarbeit und der Jugendberufshilfe. Ziel ist der Abbau von Diskriminierungen und die Erhöhung der transkulturellen Kompetenzen.

Im Bereich der Engagementförderung von Jugendlichen unternimmt das Land bereits vielfältige Anstrengungen, und das nicht nur an den Schnittstellen von Kita, Schule und Ausbildung. Jedoch sind nicht alle Engagementangebote für jeden Jugendlichen gleichermaßen attraktiv. Forschung und Praxis zeigen, dass es besonderer Herangehensweisen und Maßnahmen bedarf, um das Engagement von Jugendlichen aus sozial schwachen und bildungsfernen Milieus sowie von Jugendlichen mit



Migrationshintergrund zu wecken. Sie brauchen Angebote, die zu ihrer Jugendkultur, ihren Kompetenzen und ihren Interessen passen.

Mit Projekten wie „Freistil – Jugend engagiert in Sachsen-Anhalt“ oder „Think Big“ werden engagierte motivierte Jugendliche in Sachsen-Anhalt in ihrem selbstorganisierten Engagement gezielt unterstützt. „Freistil – Jugend engagiert in Sachsen-Anhalt“ fördert insbesondere das nicht verbandsgebundene Engagement von Jugendlichen in Form von Information, Beratung, Qualifizierung und dem landesweiten Jugendengagementwettbewerb. Mit „Think Big“, einer Initiative von Telefónica Germany und der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), werden gemeinsam mit regionalen Partnern das Engagement, die Eigeninitiative und die Stärken von Jugendlichen durch finanzielle Unterstützung ihrer eigenen Projekte gefördert.

Die persönliche Begegnung junger Menschen, ihr gemeinsames Erleben und Arbeiten in Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit ist in besonderer Weise geeignet, über das Kennenlernen anderer Kulturen und Gesellschaftsordnungen ein besseres Verständnis sowohl der eigenen als auch der Situation von Zugewanderten zu vermitteln.

Die Landesregierung unterstützt Maßnahmen zum gegenseitigen Kennenlernen und Verstehen von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Kulturen als Beitrag zur Ausprägung eines weltoffenen Klimas in Sachsen-Anhalt z. B. durch das Europacamp für Kids, das Eurocamp des Landes Sachsen-Anhalt, das Jugendevent „Europa geht weiter“, die Europawoche mit verschiedenen Veranstaltungen oder Projekte zur Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit. Durch die Begegnungen bei Diskussionen über aktuelle politische Themen und durch gemeinsame Arbeitsprojekte werden Erfahrungen und persönliche Wahrnehmungen über Kulturgrenzen hinweg ausgetauscht sowie Fähigkeiten und Kompetenzen erworben, die im Hinblick auf die europäische Integration und den Globalisierungsprozess für die persönliche Entwicklung und Lebensgestaltung der Kinder und Jugendlichen hilfreich sind. Interkulturelle Erfahrungsaustausche leisten einen wichtigen Beitrag zum besseren gegenseitigen Verständnis sowie zum Ausbau von Toleranz und Solidarität.

Außerdem unterstützt die Europäische Union durch eine Vielzahl von Förderprogrammen das Leben, Lernen und Arbeiten im europäischen Ausland. Für den Einzelnen bietet sich damit die Möglichkeit, den eigenen Horizont zu erweitern und Europa hautnah zu erleben. Städtepartnerschaften und internationale Begegnungen tragen dazu bei, die wahre Bedeutung der europäischen Einigung zu erfassen – unsere gemeinsamen europäischen Werte: Freiheit, Vielfalt und Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie, Frieden, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit. „Europa bewegt Sachsen-Anhalt“ heißt daher das Motto eines Europawettbewerbs für Bürgermedien in Sachsen-Anhalt, zu dem die Staatskanzlei und die Medienanstalt Sachsen-Anhalt gemeinsam aufgerufen haben.

Im Rahmen der Durchführung von Einzelprojekten zur präventiven Arbeitsmarktförderung fördert die Landesregierung mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds Projekte zur Verbesserung der interkulturellen Kompetenz von Auszubildenden und Ausbildern mit dem Ziel der Förderung eines weltoffenen Klimas in Sachsen-Anhalt und der präventiven Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Weiterentwicklung und Perspektiven

Die weitere Förderung von Bildungsmaßnahmen für Bildungsreferentinnen und Bildungsreferenten, die zusätzliche Aus- und Fortbildung von Jugendleiterinnen und Jugendleitern sowie die Unterstützung von Modellprojekten ist ebenso vorgesehen wie die Fortsetzung der Förderung von Maßnahmen der internationalen Jugendbegegnung. Die Entwicklung weiterer thematischer und verbandsspezifischer Handreichungen und Fortbildungsmodule sollte geprüft und im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel gefördert werden.

Neben einer Stärkung demokratischer Einstellungen der Jugendlichen kommt der Auseinandersetzung mit rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen besonders



bei jenen eine besondere Bedeutung zu, die Tendenzen in diese Richtung zeigen. Hier entwickeln insbesondere Modellprojekte Curricula, Systeme und Konzepte und zeigen wie Methoden an unterschiedliche Rahmenbedingungen angepasst werden können. Ohne Modellprojekte bleibt wenig Raum für Innovation, Flexibilität sowie inhaltliche und methodische Weiterentwicklung der Arbeit. Zeigen die Regelstrukturen auf Landesseite daran nur mäßiges Interesse, gehen diese verloren. Eine Verankerung der Erfahrungen der Modellprojekte setzt daher eine entsprechende Offenheit bei den Regelstrukturen und entsprechende Rahmenbedingungen voraus.

Der Ausbau von fachspezifischen Vernetzungsstrukturen zwischen unterschiedlichen Akteuren, Institutionen und Themenbereichen, die ihre jeweiligen Ressourcen einbringen, soll vorangebracht werden, um perspektivisch ein Fundament für die weitere Facharbeit im Bereich der Stärkung von Toleranz und Demokratie zu schaffen.

Die verstärkte Einbindung von Jugendlichen in politische und gesellschaftliche Alltagsprozesse ist ausdrücklich erwünscht, und ihre Ideen sollen in politische Planungen stärker einbezogen werden. Sie braucht jedoch wirksame Modelle und Strukturen, mit denen Jugendliche nachhaltig beteiligt werden können. Wie diese konkret aussehen sollten, dafür gibt es kein Patentrezept – aber viele bereits erprobte Möglichkeiten, die stärker verbreitet und lokal verankert werden sollten. Ob im Jugendparlament, Jugendhearing, in projektorientierten Jugendinitiativen mit Rederecht in kommunalen Vertretungen oder Kombinationen und Variationen – vieles ist denkbar.

Möglichst viele Jugendliche sollten von den Möglichkeiten, sich engagieren zu können, erfahren und zur Mitwirkung angesprochen werden. Damit das gelingt, bedarf es zielgruppengerechter Informationen und Anspracheformen über Gleichgesinnte und an Orten, an denen Jugendliche ihren Alltag verbringen. Gleichzeitig sind aber auch die Medien, die die Jugendlichen in ihrem Alltag nutzen, wichtige Multiplikatoren. Dafür bedarf es einer entsprechenden Unterstützung in gemeinsamer Initiative von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft.

5. Vielfalt leben – interkulturelle Öffnung, Teilhabe und Partizipation von Zugewanderten

Ausgangssituation

Rechtsextreme Propaganda setzt immer auch auf rassistische Ressentiments in der Gesellschaft. Aufgrund des niedrigen Migrationsanteils sind interkulturelle Alltagserfahrungen und Begegnungen in Sachsen-Anhalt eher die Ausnahme als die Regel. Fremdenangst und fremdenfeindliche Vorurteile können sich so leichter verfestigen. Aus diesem Grund sind in Sachsen-Anhalt besondere Anstrengungen für interkulturellen Austausch und Maßnahmen zur Förderung der Weltoffenheit erforderlich. Wer unterschiedliche kulturelle Traditionen kennt, ist weniger anfällig für Vorurteile und rassistische Hetze. Wo wechselseitige Offenheit besteht, kann sich Integration auch erfolgreich entwickeln, und umgekehrt ist die erfolgreiche gesellschaftliche Partizipation Zugewanderter eine Grundlage, um Vielfalt als Bereicherung unserer Gesellschaft wahrnehmen und leben zu können.

Das Land Sachsen-Anhalt fördert deshalb interkulturelle Begegnung und interkulturellen Dialog. Die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Diensten ist eine wichtige Aufgabe der Integrationspolitik, die dazu beiträgt, Missverständnisse abzubauen und Diskriminierungserfahrungen zu vermeiden. Die Aktivierung und Stärkung von Migrantenselbstorganisationen als Partner im Integrationsprozess, als Interessenvertretung der Zugewanderten und als Brückenbauer zwischen Zugewanderten und Einheimischen ist zentrales Element einer partizipativen Integrationspolitik.



Ziele und Ergebnisse der bisherigen Maßnahmen und Projekte

Interkulturelle Begegnung

Interkulturelle Begegnungen sind wichtige Voraussetzungen für die Entwicklung eines weltoffenen Verständnisses. Das Land Sachsen-Anhalt fördert deshalb bereits seit Mitte der 90er Jahre interkulturelle Begegnungszentren.

In der Landeshauptstadt Magdeburg unterstützt das Land das *einewelthaus* in Trägerschaft der Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt, das sich zu einem Begegnungszentrum mit landesweiter Ausstrahlung entwickelt hat und einer Vielzahl an Verbänden und Vereinen der Integrationsarbeit Raum für ihre Arbeit bietet.

In Dessau-Roßlau fördert das Land das Multikulturelle Zentrum, um die Selbstorganisation und den interkulturellen Dialog in der Region zu stärken. Darüber hinaus unterstützt das Land eine Vielzahl von Projekten, die der Begegnung dienen und den Austausch an Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen, Familienzentren und im Wohnumfeld fördern. Mit dem Sachsen-Anhalt-Tag und der Interkulturellen Woche sind darüber hinaus wiederkehrende Anlässe geschaffen, zu denen interkulturelle Begegnung in besonderem Maße in die Öffentlichkeit getragen wird.

Interkulturelle Öffnung

Zugewanderte erleben nicht nur im Wohnumfeld, sondern auch in Behörden und Einrichtungen immer noch viel zu oft mangelnde Sensibilität, Unkenntnis, aber auch Ablehnung und Fremdenfeindlichkeit. Neben der interkulturellen Begegnung ist daher die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Diensten eine wichtige Aufgabe der Integrationspolitik auf dem Weg zu einer weltoffenen Gesellschaft mit einer gelebten Willkommenskultur. Sachsen-Anhalt hat sich dazu gemeinsam mit vielen Unternehmen unserer Region mit Unterzeichnung der „Charta der Vielfalt“ verpflichtet. Im Länderbeitrag zum Nationalen Aktionsplan Integration vom Januar 2012 haben sich alle Länder gemeinsam darauf verständigt, die interkulturelle Öffnung des Öffentlichen Dienstes voranzutreiben, interkulturelle Kompetenz auszubauen und den Anteil von Zugewanderten im Öffentlichen Dienst zu erhöhen.

Das Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes bietet interkulturelle Trainings und Fortbildungsveranstaltungen für Landesbedienstete an. Auch an der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt oder in der Lehreraus- und -fortbildung gibt es bereits einige interkulturelle Bildungsansätze.

Das Land fördert bereits seit vielen Jahren Projekte, um Kommunen, Einrichtungen und Diensten Bildungsangebote zur Vermittlung interkultureller Kompetenz anbieten zu können. In diesem Kontext wurden viele kompetente Trainerinnen und Trainer mit Migrationshintergrund qualifiziert. Mit Unterstützung des Landes konnte auch ein mehrjähriges Projekt zur kultursensiblen Öffnung in Gesundheit und Pflege umgesetzt werden.

Partizipation und Selbstorganisation

Integration ist ein gesellschaftlicher Prozess und lebt von der aktiven Beteiligung der Zugewanderten ebenso wie der Aufnahmegesellschaft. Um die Zielstellungen des Nationalen Integrationsplans unter Berücksichtigung der spezifischen Integrationsbedingungen in Sachsen-Anhalt umsetzen zu können, hat die Integrationsbeauftragte 2008 den Beratungsprozess „Integration im Dialog“ initiiert, an dem sich alle wichtigen staatlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Integrations-Akteure beteiligten. Aus diesem Dialog sind umfangreiche Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Integration und des Zusammenlebens in Sachsen-Anhalt entstanden. Die Landesregierung hat 2009 mit dem Beschluss des „Aktionsprogramms Integration“ viele Handlungsempfehlungen, die sich an das Land richteten, aufgegriffen und eigene Maßnahmen festgelegt.



Der mit dem Beratungsprozess begonnene Dialog wurde 2010 mit der Gründung des Landesintegrationsbeirats verfestigt. Für den Beirat konnten hochrangige und vielfältige Akteure gewonnen werden, die die Landesregierung integrationspolitisch beraten. Der Beirat begleitet die Umsetzung des Aktionsprogramms und der Handlungsempfehlungen und gibt eigene Impulse zur Integrationspolitik.

In Sachsen-Anhalt existieren zahlreiche Vereine und Verbände, die mit viel Engagement im Migrations- und Integrationsbereich tätig sind und qualifizierte Unterstützung während des Integrationsprozesses leisten. Sie bieten vielfältige Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch für Eltern und Senioren sowie kulturelle Angebote und Möglichkeiten zum Mitmachen an. Das Land fördert unter anderem Patenschaftsprojekte, Tandemprojekte und die Initiierung von Mikroprojekten.

Zugewanderte in Sachsen-Anhalt engagieren sich in vielfältiger Weise. Das Land misst der Beteiligung von zugewanderten Menschen am bürgerschaftlichen Engagement einen hohen Stellenwert bei, fördert ihre Partizipation und die Beteiligung von Migrantenorganisationen in Gremien und Netzwerken sowie ihre Kooperation mit Politik und Verwaltung. Zu diesem Zweck hat das Land die Gründung des Landesnetzwerks der Migrantenselbstorganisationen (LAMSA) 2008 von Anfang an unterstützt. Das Landesnetzwerk dient der Vernetzung, Qualifizierung und Aktivierung von Migrantenorganisationen und der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements Zugewanderter. Seit seiner Gründung ist die Zahl der Migrantenorganisationen bereits von 40 auf rund 70 gestiegen. Inzwischen gibt es nicht nur in den drei kreisfreien Städten Migrantenorganisationen, sondern auch in vielen Landkreisen. Dort bilden sich meist interkulturelle Migrantengruppen, die sich in die Integrationsnetzwerke vor Ort aktiv einbringen. Das Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen ist zu einem unverzichtbaren Partner in der Integrationspolitik geworden, ist mit mehreren Mitgliedern im Landesintegrationsbeirat vertreten und jetzt auch im Landesjugendhilfeausschuss Mitglied geworden.

Teilhabe und Chancengleichheit

Integration bedeutet Teilhabe. Je erfolgreicher und selbstverständlicher Zugewanderte in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv an der Gesellschaft teilhaben, umso besser kann Fremdenfeindlichkeit und Rassismus die Grundlage entzogen werden.

Bildungsteilhabe ist ein Schlüssel erfolgreicher Integration. Teilhabe an frühkindlicher Bildung fördert Spracherwerb, soziale Kontakte und interkulturellen Austausch. Davon profitieren Kinder und Eltern. Die Teilhabe von Kindern mit Migrationshintergrund an der frühkindlichen Bildung wird in Sachsen-Anhalt in besonderer Weise integrationspolitisch unterstützt. Das Bildungsprogramm „Bildung elementar“ greift interkulturelle Lernerfahrungen auf, Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung kommen Kindern mit Migrationshintergrund in besonderem Maße zugute. In den Schulen Sachsen-Anhalts werden Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bedarfsbezogen beim Erwerb der deutschen Sprache gefördert. Viele Schulen engagieren sich in schulischen Projekten zur interkulturellen Bildung und für ein erfolgreiches gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund.

In Sachsen-Anhalt besteht ein flächendeckendes Netz von Migrationsberatungsstellen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Dieses Netz umfasst die Migrationsberatung für bleibeberechtigte zugewanderte Erwachsene (MBE), die Jugendmigrationsdienste (JMD) für bleibeberechtigte Jugendliche und Erwachsene bis zum Alter von 27 Jahren und die Beratungsstellen nach dem Landesaufnahmegesetz, die für alle zugewanderten Menschen offen sind, unabhängig von Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus. Darüber hinaus werden vom Land spezialisierte Fachdienste gefördert, wie die unabhängige Asylverfahrensberatung in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Für traumatisierte Flüchtlinge fördert das Land in Magdeburg und Halle psychosoziale Zentren für Migrantinnen und Migranten. Diese arbeiten kultursensibel und mehrsprachig.



Ein Ziel dieser Maßnahmen ist die Verbesserung der sozialen Situation und Teilhabe von Flüchtlingen, die aufgrund ihres rechtlichen Status, ihrer Unterbringungssituation oder gesellschaftlichen Isolation nur eingeschränkt gesellschaftlich partizipieren. Ihre Teilhabe stärkt Empathie und vermindert fremdenfeindliche Abwehr.

Integration findet vor allem vor Ort statt. Das Land fördert daher lokale Projekte der integrativen Gemeinwesenarbeit und unterstützt in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Koordinierungsstellen für Integration, die die kommunalen Integrationsangebote abstimmen und lokale Netzwerke mit allen Integrations-Akteuren begleiten.

Fazit: Interkulturelle Begegnung und Integration haben in den letzten Jahren eine deutliche politische und gesellschaftliche Aufwertung erfahren. Sachsen-Anhalt verfügt über eine gute Integrationsinfrastruktur und vor allem über ein breites Feld an engagierten und kompetenten Vereinen und Verbänden der Integrationsarbeit sowie selbstbewusste und aktive Migrantenorganisationen. Angesichts des geringen Migrationsanteils fehlt es aber häufig in den staatlichen Handlungsfeldern noch an der Aufmerksamkeit für die Zugewanderten mit ihren Förderbedarfen einerseits und mit ihren Potentialen andererseits.

Weiterentwicklung und Perspektiven

Im Kontext des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit werden vier zentrale Schwerpunkte der Integrationspolitik genannt, die zur Entwicklung einer vielfältigen, weltoffenen und interkulturell lebendigen Gesellschaft in Sachsen-Anhalt beitragen sollen.

Interkulturelle Öffnung und Bildung selbstverständlich machen

Bislang wurden vor allem Einzelprojekte der interkulturellen Bildung gefördert. Künftig muss es das Ziel des Landes sein, die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen und Diensten zu einer selbstverständlichen Querschnittsaufgabe zu machen und interkulturelle Bildung umfassend in allen Bildungsbereichen zu verankern. Damit werden die Selbstverpflichtungen im Aktionsprogramm Integration, in der Charta der Vielfalt und schließlich im Länderbeitrag zum Nationalen Aktionsplan Integration aufgegriffen und schrittweise umgesetzt.

Zur interkulturellen Öffnung gehören die Stärkung interkultureller Kompetenz in Aus- und Fortbildung sowie die Durchsetzung einer nicht diskriminierenden Praxis in Behörden und Einrichtungen. Dazu gehört auch die Berücksichtigung interkultureller Kompetenzen bei Ausschreibungen und Auswahlverfahren und langfristig die Erhöhung des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst.

Interkulturelle Bildung soll zu einem selbstverständlichen und wichtigen Element der frühkindlichen und der schulischen Bildung, der Berufsaus- und Weiterbildung, der Erwachsenenbildung und natürlich der Fortbildung im Öffentlichen Dienst werden, um den Umgang mit Vielfalt in unserer Gesellschaft umfassend zu erlernen und in Sachsen-Anhalt eine lebendige und offene Willkommenskultur zu entwickeln.

Als ersten Schritt unterstützt das Land die verstärkte Entwicklung entsprechender Fortbildungsangebote. Die Integrationsbeauftragte sichert dazu die Kofinanzierung des vom Europäischen Integrationsfonds (EIF) geförderten Kooperationsprojektes „Netzwerk Interkulturelle Öffnung – Interkulturelle Bildung in Sachsen-Anhalt – Fortbildungsservice für Kommunen“ von Auslandsgesellschaft Sachsen-Anhalt (AGSA) und Deutscher Angestellten-Akademie (DAA). Ziel des Netzwerkes ist ein landesweiter konzeptioneller Austausch, die Implementierung interkultureller Bildung in die Bildungsangebote etablierter Träger und der verstärkte Einsatz von Trainerinnen und Trainern mit Migrationshintergrund. Einbezogen sind u. a. das Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes, das Kommunale Studieninstitut, die Landeszentrale für politische Bildung, die FH Polizei, weitere Bildungsträger und Experten der interkulturellen Bildung. Zielgruppen des Projektes sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen und des Landes.



Partizipation von Migrantenorganisationen stärken

Seit Januar 2012 fördert das Land eine Servicestelle zur Unterstützung der Arbeit des Landesnetzwerks der Migrantenselbstorganisationen und zur Stärkung des Empowerments der Migrantenorganisationen in Sachsen-Anhalt. Ziel dieses Projektes ist es, Vertreter von Migrantenselbstorganisationen (MSO) durch Beratung dazu zu befähigen, sich professionell mit eigenen Ideen und Vorstellungen in die Integrationsarbeit des Landes einzubringen. Des Weiteren soll durch das Projekt eine Vernetzung und Stärkung der vorhandenen MSO unterstützt werden. Die Servicestelle für Migrantenselbstorganisationen bietet Beratung und Hilfestellung u. a. zu Vereinsgründung, Fördermittelakquise, Netzwerkarbeit etc. an. Das Projekt läuft unter der Trägerschaft der Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle-Saalkreis e. V. und wird durch die Integrationsbeauftragte gefördert.

Darüber hinaus ist es Ziel des Landes, die Stärkung der Partizipation von Migrantenorganisationen breiter im Land zu verankern und insbesondere die Gründung, Aktivierung und Professionalisierung von Migrantenorganisationen in den Landkreisen zu unterstützen. Zu diesem Zweck fördert das Land Projekte der Freiwilligenagenturen, die der Engagementförderung von Zugewanderten und der Mitwirkung von Migrantenorganisationen in den lokalen Netzwerken dienen. Hier wird gegenwärtig mit verschiedenen Instrumenten der Engagementförderung experimentiert. Erfolgreiche Ansätze sollen verstetigt werden.

Gewählte bzw. berufene Migrantenvvertretungen in Sachsen-Anhalt sind zentrale und unersetzbare Partner im Integrationsprozess geworden. Sie bringen sich z. B. ein bei der Elternarbeit, beim Erwerb der deutschen Sprache und bei der Pflege der Herkunftssprache, aber auch in der lokalen und landesweiten politischen und gesellschaftlichen Debatte. Ihr erhebliches Engagement braucht aber gleichzeitig spürbare Erfolge bei der Mitwirkung. Viele engagierte Zugewanderte wollen mehr Mitwirkungsrechte und hoffen auf eine höhere Wirksamkeit ihres Engagements. Die Erfahrungen der Ausländer- und Integrationsbeiräte der kreisfreien Städte Magdeburg, Halle (Saale) und Dessau-Roßlau, aber auch von neuen Dialogformen vor Ort sollen daher ausgewertet werden, um die strukturellen politischen und gesellschaftlichen Mitwirkungsmöglichkeiten Zugewanderter in Sachsen-Anhalt auf lokaler und landesweiter Ebene zu verbessern.

Bildungsteilhabe verbessern

Trotz der beschriebenen Bemühungen zur Förderung der Bildungspartizipation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Sachsen-Anhalt ist festzustellen, dass Kinder mit Migrationshintergrund noch unterdurchschnittlich an der frühkindlichen Bildung in den Kindereinrichtungen teilhaben, dass die schulischen Bildungserfolge von ausländischen Kindern im Durchschnitt unter denen von deutschen Kindern liegen und dass nur ein geringer Teil der Schulabgängerinnen und -abgänger eine berufliche Ausbildung absolviert. An diesen Herausforderungen wird die Landesregierung weiter arbeiten. Der Landesintegrationsbeirat hat dazu im Februar 2012 eine Arbeitsgruppe „Bildung“ eingesetzt, die eine Bestandsaufnahme vornimmt, mit Kooperationspartnern eine Fachtagung durchführt und dem Beirat im Herbst 2012 Handlungsempfehlungen zur Bildungsteilhabe vorlegen wird.

Anerkennung und Arbeitsmarktintegration verbessern

In Sachsen-Anhalt leben überdurchschnittlich viele Zugewanderte mit guten Qualifikationen. Dennoch sind sie überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen bzw. arbeiten häufig unter ihrer Qualifikation, obwohl unser Land zur Bewältigung des demografischen Wandels und des heraufziehenden Fachkräftemangels alle Qualifikationspotentiale braucht.

Am 1. April 2012 tritt daher das Anerkennungsgesetz des Bundes in Kraft, das die Anerkennung ausländischer Abschlüsse in den in Bundeszuständigkeit liegenden Berufen verbessern soll. Vorbereitet wird derzeit die Landesgesetzgebung zur Anerkennung der in Landeszuständigkeit geregelten Berufe (z. B. Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Ingenieurinnen und Ingenieure). Der Gesetzentwurf soll im Frühjahr 2012 beschlossen werden. Mitte 2011 haben im Rahmen des bundesfinanzierten IQ-Netzwerks in



Sachsen-Anhalt die Servicestellen „Arbeitsmarktintegration und Anerkennung“ ihre Arbeit aufgenommen, um Zugewanderte in Fragen der Anerkennung zu beraten und zu begleiten. Die Servicestellen „Interkulturelle Qualifizierung“ haben die Aufgabe übernommen, Grundsicherungsträgern interkulturelle Kompetenzen zu vermitteln. Das IQ-Netzwerk Sachsen-Anhalt wird vom Landesintegrationsbeirat begleitet, der es sich zum Ziel gesetzt hat, die Vernetzung zwischen Migrationsdiensten und Arbeitsmarktakteuren zu stärken, damit die Verbesserung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse schließlich auch zu einer besseren Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund beiträgt. Dazu müssen auch die Instrumente der Arbeitsmarktförderung des Landes die Potentiale der Zugewanderten wahrnehmen und Angebote für Anpassungsqualifizierungen verbessert werden.

6. Präventionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus stärken – Repressionsmaßnahmen gegen Rechtsextremismus wirksam organisieren

Ausgangssituation

Extremistische, rassistische oder antisemitische Bestrebungen zu erkennen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des Rechtsstaats zu verhindern sowie politisch motivierte Straftaten konsequent zu verfolgen und in der weiteren Folge zu ahnden, sind wichtige Aufgaben von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz. Das in der Präambel als „Herausforderungen für die Demokratie in Sachsen-Anhalt“ beschriebene Lagebild ist die Ausgangslage für staatliches Handeln in diesen Aufgabenbereichen. Die Behörden sind in vielfältiger Weise aktiv, um auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen einzuwirken und demokratiefeindliche Einstellungen in der Bevölkerung zu verhindern. Die Öffentlichkeitsarbeit zur Information und Aufklärung ist dabei ein wichtiger Baustein im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, um für die dem demokratischen Rechtsstaat drohenden Gefahren zu sensibilisieren. Dies ist angesichts der im Jahr 2011 erheblich gestiegenen Fallzahlen im Bereich der politisch motivierten Kriminalität in Sachsen-Anhalt wichtig.

Der Phänomenbereich der politisch motivierten Kriminalität wird in folgende Deliktsqualitäten unterteilt: Propagandadelikte, politisch motivierte Straftaten ohne Propagandadelikte, politisch motivierte Gewaltkriminalität und Terrorismus. Die Entwicklung der Gesamtfallzahlen in den einzelnen Phänomenbereichen seit dem Jahr 2008 wird aus der folgenden Übersicht deutlich.

		2008	2009	2010	2011
Politisch motivierte Kriminalität	Rechts	1761	1584	1176	1431
	Links	332	336	262	385
	Ausländer	14	5	7	6
	Nicht zuzuordnen	49	192	21	161
Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation		67	67	47	55
Summe		2223	2184	1513	2038

Jedoch sind die Fallzahlen im Deliktsbereich der Gewaltstraftaten von besonderem Interesse. Deren Anzahl ist zwar seit dem Jahr 2008 tendenziell zurückgegangen, im Jahr

2011 war jedoch ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Konkret stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

		2008	2009	2010	2011
Politisch motivierte Kriminalität	Rechts	121	83	80	92
	Links	75	59	55	61
	Ausländer	4	4	2	1
	Nicht zuzuordnen	3	4	2	9
Summe		203	150	139	163

In Sachsen-Anhalt ist die Zahl der Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ vergleichsweise hoch. Mit 2,52 solcher Gewalttaten pro 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner wies Sachsen-Anhalt im Jahr 2010 laut Verfassungsschutzbericht des Bundes die zweithöchste Belastung unter den Bundesländern auf.

Im Rahmen der Strafverfolgung sind Polizei und Justiz immer mit bereits begangenen Taten konfrontiert und können insoweit nur begrenzt auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen sowie verfestigte Gesinnungen und Einstellungen politisch motivierter Straf- und Gewalttäter einwirken. Entscheidende Bedeutung kommt deswegen aber der generalpräventiven Wirkung von Strafverfahren zu, mit denen deutlich zum Ausdruck gebracht wird, dass Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt keine in der Gesellschaft akzeptierten und sanktionslosen Verhaltensweisen sind.

Ziele und Ergebnisse der bisherigen Maßnahmen und Projekte

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine wichtige und vordringliche Aufgabe staatlichen Handelns. Auch Polizei, Verfassungsschutz und Justiz des Landes verfolgen seit Jahren erfolgreich eine konsequente Präventionsarbeit mit vielfältigen Aktivitäten und Initiativen, um rechtsextremem Gedankengut und fremden- sowie demokratiefeindlichen Einstellungen den Boden zu entziehen und das Demokratiebewusstsein sowie ein friedliches, tolerantes und weltoffenes Miteinander zu fördern.

Mit dem jährlichen Verfassungsschutzbericht bietet das Ministerium für Inneres und Sport insbesondere den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Sachsen-Anhalt Informationen, die es jedermann ermöglichen, sich selbst ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen. Weitere Bausteine dieser Präventionsarbeit bilden die Herausgabe von Publikationen sowie Multiplikatorenschulungen, mit der die Verfassungsschutzbehörde über Erscheinungsformen und Aktivitäten des Rechtsextremismus aufklärt.

Die Polizeibehörden und -einrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt tragen landesweit mit einem umfassenden und breit angelegten Präventionsangebot zur Bekämpfung des Rechtsextremismus wesentlich zur Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung bei. Hierfür sind insbesondere die vom Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt erarbeitete Wanderausstellung „Auf leisen Sohlen“ sowie das gleichnamige Medienpaket zu nennen. Beide Medien informieren über die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und werden vorrangig im Sozialkunde- und Geschichtsunterricht eingesetzt, um junge Menschen über die Gefahren des Rechtsextremismus aufzuklären.

Weitere Schwerpunkte der polizeilichen Kriminalprävention sind die Themenfelder Zivilcourage, Demokratiebildung, Integration und gemeinsamer Dialog mit Muslimen sowie Antigewalt-Trainings. Die dazu durchgeführten Präventionsprojekte, die sich vorwiegend an Schülerinnen und Schüler, pädagogisches Personal und Eltern wenden, werden im Rahmen



des Landesprogramms intensiv fortgeführt. Beispielhaft seien dafür die folgenden Projekte genannt:

- **"Buntes Licht auf braune Schatten":**
Auseinandersetzung mit den Ursachen von (rechtsextremer) Gewalt
- **Projekt „Schritte gegen Tritte“:**
Gewaltprävention gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
- **„Zivilcourage – wozu ist das wichtig?“:**
Verhaltenshinweise für Zeugen von Konflikt- und Gefahrensituationen
- **„Gewalt und Rechtsextremismus – NICHT MIT UNS“:**
Informationen über Religionen, Zeitgeschichte und Straftatbestände

Um gefahrenabwehrrechtlich relevante extremistische Problemlagen auf lokaler Ebene frühzeitig erkennen zu können, arbeitet die Polizei auf kommunaler Ebene eng mit den Verwaltungs- und insbesondere den Sicherheitsbehörden zusammen. Darüber hinaus werden die vielfältigen Initiativen und Aktivitäten der Kommunen unterstützt sowie Handlungsempfehlungen, z. B. im Umgang mit rechtsextremen Aktionen, bei rechtsextremen Konzertveranstaltungen oder Immobilienkäufen durch rechtsextreme Gruppierungen, gegeben. Diese Praxis hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden.

Für eine erfolgreiche Bekämpfung des politischen Extremismus bedarf es auf allen polizeilichen Ebenen eines fundierten Fachwissens. Aus diesem Grund werden im Rahmen der Aus- und Fortbildung der Polizei seit einigen Jahren dauerhaft Inhalte im Hinblick auf den polizeilichen Umgang mit dem politischen Extremismus vermittelt. Dies gilt u. a. für das Erkennen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Weitere Inhalte betreffen den professionellen Umgang mit Gewaltstraftaten – insbesondere um politisch motivierte Gewalttaten besser erkennen und einordnen zu können. Dabei bilden die Sensibilisierung der Polizeibeamten für eine angemessene Opferbetreuung sowie die Vermittlung interkultureller Kompetenzen wesentliche Schwerpunkte. Die Vermittlung dieser Inhalte wird sowohl in Ausbildungsmodulen integriert als auch in zukünftigen weiteren Schulungen intensiviert und gewährleistet. Hierbei ist sichergestellt, dass sie regelmäßig auf ihre Aktualität überprüft und gegebenenfalls an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden.

Opferschutz ist ein wichtiger Baustein in der polizeilichen Prävention. Deshalb wurden in den Polizeirevieren Opferschutzbeauftragte benannt, die vor allem den Opfern von Gewalt Hilfe anbieten und Interventionsmöglichkeiten aufzeigen. In den Polizeidirektionen stehen im Rahmen der Extremismusprävention Ansprechpartner für einen fachlichen Informationsaustausch insbesondere für Opferberatungsstellen und die weiteren im Beratungsnetzwerk Sachsen-Anhalt verankerten Institutionen zur Verfügung.

Im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention ist von der Landesregierung im Jahr 1999 der Landespräventionsrat eingerichtet worden. In ihm sind Vertreter aus den Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Behörden, Einrichtungen, Vereinen und Verbänden miteinander vernetzt, um kriminalpräventive Vorschläge für die Landesregierung zu erarbeiten und lokale Präventionsprojekte finanziell zu unterstützen. Im Mittelpunkt der Fördermaßnahmen stehen dabei Projekte zur Sucht-, Gewalt- und Extremismusprävention.

Die Justiz des Landes Sachsen-Anhalt unterstützt Aktivitäten und Initiativen, die für eine demokratische Zivilgesellschaft eintreten und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus dienen. So ist das Ministerium für Justiz und Gleichstellung Mitausrichter der Veranstaltung „Ton angeben. Gegen rechte Gewalt“ mit der Verleihung des Pressepreises „Rechtsextremismus im Spiegel der Medien“. Gefördert und begleitet wird auch die Wanderausstellung „Justiz im Nationalsozialismus: Über Verbrechen im Namen des Deutschen Volkes“.



Darüber hinaus gehen finanzielle Zuwendungen u. a. an kriminalpolitisch bedeutsame Projektangebote der freien Träger der Straffälligenhilfe und der Jugendhilfe zur Förderung der sozialen Integration straffällig gewordener oder von Straffälligkeit bedrohter Jugendlicher und Heranwachsender. Schwerpunkte sind vor allem die Bekämpfung von Gewaltkriminalität einschließlich Fremdenfeindlichkeit und politischer Extremismus.

Im Bereich des Justizvollzugs zielen Präventionsmaßnahmen insbesondere auf eine Motivation zur Änderung von Einstellungen und Verhaltensweisen der Gefangenen ab. Dabei stehen Maßnahmen mit Gefangenen mit erhöhtem Gewaltpotential im Vordergrund und schließen den Umgang mit extremistisch motivierten Straftaten ein. Bei der spezifischen Arbeit mit jugendlichen und erwachsenen Straftätern findet eine Vielzahl von Methoden Anwendung, deren Ziel ist, Gewaltstraftätern während der Haft die Aufarbeitung ihres Gewaltpotentials zu ermöglichen. Ein Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Abbau von (auch politisch motivierten) Aggressionen:

- **Anti-Gewalt-Trainings im Strafvollzug**

In verschiedenen Anstalten sind Bedienstete nach dem Magdeburger Modell des Marx-Instituts für Antigewalttraining (AGT) ausgebildet. Beim AGT handelt es sich um die Aufarbeitung von Straf- und Gewalttaten in Gesprächsgruppen.

- **Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt/Trainingskurse für Jugendliche gegen rechte Gewalt**

Neben dem AGT werden in den Anstalten regelmäßig weitere Behandlungsangebote im Bereich der Individual- und Gruppentherapie vorgehalten, die sich speziell auch an (extremistische) Gewalttäter richten.

- **(elektronisches) Lernen**

Im Angebot des Landesbetriebs für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen sind Computerprogramme enthalten, deren Ziel es ist, Demokratiebewusstsein und Toleranz zu stärken sowie Fremdenfeindlichkeit und Rassismus abzubauen. Zurückgegriffen werden kann hier sowohl auf entsprechende Computerkabinette und spezielle Lernsoftware als auch auf mit dem Thema befasste Lehrkräfte.

Seit Anfang der 90er Jahre wird durch den Sozialen Dienst der Justiz flächendeckend für das Land Sachsen-Anhalt eine „justizeigene“ Opferberatung vorgehalten. Dieses sozialpädagogische Angebot für Opfer von Straftaten und deren Angehörige umfasst die Unterstützung, Beratung, Begleitung und ggf. die Vermittlung von weiterer Hilfe. So wird u. a. über Verfahrensabläufe und Rechte von Opfern, die verfahrensrechtliche Stellung von Zeugen in Gerichtsverfahren sowie über Entschädigungsmöglichkeiten, z. B. nach dem Opferentschädigungsgesetz, aufgeklärt und/oder es werden medizinisch-therapeutische Hilfsangebote vermittelt.

Der Zusammenarbeit mit anderen staatlichen und nicht staatlichen Einrichtungen (z. B. Polizeidienststellen, Staatsanwaltschaften, Gerichten, kommunalen Behörden, Rechtsanwälten, den Einrichtungen des Beratungsnetzwerks, Vereinen und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege) kommt ebenso wie der eigenen Öffentlichkeitsarbeit in der Opferberatung ein besonderer Stellenwert zu, insbesondere für das Zustandekommen von – auf Wunsch auch anonymen – Betreuungskontakten.

Des Weiteren sind seit 1996 zwei Stellen für sozialpädagogische Mitarbeiter für Zeugenbetreuung am Amts- und Landgericht Magdeburg, die auch über speziell ausgestattete Zeugenschutzzimmer verfügen, eingerichtet. Für Personen, die Opfer eines Verbrechens geworden sind und die im Rahmen eines Strafverfahrens als Zeugen aussagen müssen, sollen durch die Zeugenbetreuung vor Ort Belastungsmomente möglichst minimiert werden. Zeugen können sich auf vertraulicher Basis bspw. im Vorfeld einer Verhandlung umfassend über die Räumlichkeiten des Gerichts, den Ablauf des Verfahrens sowie ihre Rechte und Pflichten als Zeugen informieren. Die Zeugenbetreuung begleitet das Opfer auf Wunsch in den Gerichtssaal und bietet dabei Gespräche zur Verarbeitung des Geschehenen sowie Informationen über weiterführende Hilfemöglichkeiten für Verbrechensopfer an.



Auch in den Bereichen der Ermittlung, Verfolgung und Ahndung von Taten mit extremistischem Hintergrund wurden und werden Akzente zur Bekämpfung rechtsextremer Aktivitäten gesetzt. Zur Bekämpfung und Zurückdrängung rechtsextremistischer und fremdenfeindlicher Straftaten arbeiten Polizei und Justiz des Landes Sachsen-Anhalt eng zusammen, um den Aufklärungs- und Verfolgungsdruck weiterhin hoch zu halten.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus findet auf allen polizeilichen Ebenen statt. Zum einen sind im Landeskriminalamt das Mobile Einsatzkommando Staatsschutz (MEK-S) und die Koordinierungs- und Ermittlungsgruppe-Rechts (KEG-Rechts) eingerichtet worden. Zum anderen ist mit dem Inkrafttreten der Polizeistrukturreform im Jahr 2008 der polizeiliche Staatsschutz mit der Einrichtung entsprechender Sachgebiete in den Polizeirevieren, über die bereits in den Polizeidirektionen bestehenden Fachkommissariate hinaus, gestärkt worden.

Die Strafverfolgungsbehörden werden auch weiterhin rechtsextremistische Straftaten konsequent verfolgen sowie auf angemessene und spürbare Sanktionen hinwirken, auch um die Rechte der Opfer zu wahren und nicht zuletzt um die Resozialisierung der Täter zu erleichtern.

Opfer politisch motivierter Gewalt werden allein oder vorwiegend aufgrund ihrer Herkunft, ihres Glaubens oder ihrer Weltanschauung zum Ziel von Straftaten. Wo ein Opfer zum bloßen Objekt des Hasses degradiert wird, muss der Rechtsstaat ein Stoppzeichen setzen. Das Ministerium für Justiz und Gleichstellung und das Ministerium für Inneres und Sport setzen sich daher nachdrücklich für das von Sachsen-Anhalt maßgeblich mitinitiierte Vorhaben zur Änderung des Strafgesetzbuches zur Aufnahme menschenverachtender Tatmotive als besondere Umstände der Strafzumessung ein.

Nach Bekanntwerden der Gräueltaten einer sich selbst als „Nationalsozialistischer Untergrund“ bezeichnenden Gruppierung, haben Bund und Länder neue Akzente in der Sicherheitsarchitektur gesetzt. Mit Beschlüssen der Innenministerkonferenz vom 8./9.12.2011 wurden die Einrichtung eines Gemeinsamen Abwehrzentrum Rechtsextremismus und der Aufbau einer Gemeinsamen Verbunddatei Rechtsextremismus auf den Weg gebracht. Polizei und Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt beteiligen sich an diesen Projekten, die den Informationsaustausch und die Analysefähigkeit in diesem Bereich stärken und intensivieren sollen.

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt befürwortet die Prüfung der Erfolgsaussichten eines Antrags nach Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Auf Initiative des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt wurde dazu eine entsprechende Arbeitsgruppe der Innenministerien der Länder und des Bundes eingerichtet, in der Sachsen-Anhalt gemeinsam mit dem Bundesminister des Innern den Vorsitz innehat. Sie hat den Auftrag, die Erfolgsaussichten eines Verbotsantrages zu prüfen.

Weiterentwicklung und Perspektiven

Ein wesentliches politisches Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Kommunen weiter zu forcieren. Kommunalen Entscheidungsträgern und Verwaltungsmitarbeitern soll u. a. ein Leitfaden gegen Extremismus zur Verfügung gestellt werden, um sie im Umgang mit extremistischen Personen vor Ort ausreichend zu wappnen. Ebenso ist beabsichtigt, bestehende Handlungsempfehlungen zu aktualisieren und zu erweitern, um sie in gebündelter Form herauszugeben. Darüber hinaus soll der Austausch der Sicherheitsbehörden bezüglich offener verfassungsschutzrelevanter Erkenntnisse über rechtsextremistische Bestrebungen noch intensiver bei der Erstellung und Fortschreibung kommunaler Lagebilder Berücksichtigung finden und regional mit den Kommunen kommuniziert werden.

Eine weitere künftige Aufgabe, die im Rahmen des Landesprogramms verwirklicht werden soll, ist die Neukonzeption der Ausstiegshilfe aus dem Rechtsextremismus. In diesem



Zusammenhang ist es neben der Fortführung entsprechender Aktivitäten als kontinuierliche Tätigkeit im Rahmen der alltäglichen polizeilichen Aufgaben geplant, Ausstiegswilligen der rechten Szene im Rahmen von Präventivgesprächen konkrete Ausstiegshilfeangebote zu vermitteln. Ihnen sollen insbesondere Ansprechpartner für die Begleitung des Ausstiegs aus der extremistischen Szene benannt werden. Zur Intensivierung begleitender Maßnahmen wird es erforderlich sein, eine Vernetzung des behördlichen und zivilgesellschaftlichen Engagements herbeizuführen, um in erster Linie die sozialen Folgeaufgaben im Rahmen der Betreuung der Ausstiegswilligen zu gewährleisten. Hierzu zählt auch, künftig entsprechendes zivilgesellschaftliches Engagement im Land Sachsen-Anhalt zu etablieren.

Anhang:

Gremien zur Begleitung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit

Beirat

Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit wird durch einen **Beirat** begleitet, in dem Vertreter zivilgesellschaftlicher Vereine und Institutionen mitarbeiten. Den Vorsitz hat der Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt. Der Beirat beteiligte sich an der Aufstellung des Programms und wird seine Expertise und Fachkompetenzen über gemeinsame Beratungen, Fachveranstaltungen und Anhörungen in die Umsetzung des Landesprogramms einbringen. Zu den Aufgaben zählen fachliche Empfehlungen zu den Zielen und Schwerpunktsetzungen bei der Entwicklung von landesweiten Strategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Zur Rückbindung des Landesprogramms in die Zivilgesellschaft soll der Beirat einen Dialog über Inhalte, Methoden, Förderbedingungen und Qualitätsziele des Programms langfristig sichern.

Interministerieller Arbeitskreis

Die Ressorts der Landesregierung koordinieren ihre Aufgaben zur Aufstellung und Umsetzung des Programms durch den **Interministeriellen Arbeitskreis** „Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit“ (IMAK „Landesprogramm“). Dazu gehören z. B. die Bestandserhebung bestehender Maßnahmen, die Identifizierung neu aufzunehmender Handlungsbedarfe und die Begleitung der Qualitätsentwicklung sowie die Berichterstattung für das Kabinett und den Landtag. Er setzt sich – unter Vorsitz des Staatssekretärs des Kultusministeriums – zusammen aus Vertretern aller Ressorts. Hierbei können themenspezifisch zuständige Fachreferate sowie Fachexpertinnen und Fachexperten zu den Sitzungen eingeladen werden.

Steuerungsgruppe

Die **Steuerungsgruppe** besteht aus Vertretern des MK, des MS, des MI und der Landeszentrale für politische Bildung. In den hier beteiligten Ressorts ist der größte Teil der Projekte und Maßnahmen des Landesprogramms angesiedelt. Die Gruppe hat die Aufgabe, zwischen den Sitzungen von Beirat und IMAK Arbeitsschwerpunkte abzustimmen.



Ressortzuständigkeit

Die Federführung für das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit ist innerhalb der Landesregierung beim **Kultusministerium** angesiedelt.

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt
Turmschanzenstraße 32
39114 Magdeburg

Tel.: +49 391/ 567 - 01

E-Mail: poststelle@mk.sachsen-anhalt.de

Net: www.mk.sachsen-anhalt.de



SACHSEN-ANHALT

Kultusministerium

Koordinierung

Die Koordinierung des Landesprogramms wurde der **Geschäftsstelle des Netzwerks für Demokratie und Toleranz** in der Landeszentrale für politische Bildung übertragen.

Ansprechpartner

Landeszentrale für politische Bildung
Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt
Schleiufer 12
39104 Magdeburg

Tel.: +49 391 567-6459

Fax: +49391 567-6464

E-Mail: netzwerk@lpb.mk.sachsen-anhalt.de

Net: www.lpb.sachsen-anhalt.de



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung





SACHSEN-ANHALT

Kultusministerium